

Sitzung Nr. 9 vom 25. Oktober 2016 (Doppelsitzung)

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Urs Wirth Alexander Kaufmann Angela Kummer Clivia Wullimann Aldo Bigolin Renato Müller Konrad Schleiss (Ersatz) Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Matthias Meier-Moreno Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Reto Gasser
Anwesend von Amtes wegen	Heinrich Roos, Leiter Baudirektion a.i. Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Susanne Leber, Rechtskonsulentin Christian Ambühl, Polizeikommandant David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Kurt Boner, Leiter SDOL Thomas Maritz, Feuerwehrkommandant Markus Böhi, Zivilschutzkommandant Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 - 19:45 Uhr und 20:30 - 23:00 Uhr
TRAKTANDEN	(2151 - 2159)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 20. September 2016

- | | | |
|----|------|---|
| 2 | 2151 | VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN |
| 3 | 2152 | Schulraumplanung Primarschule: Bericht Phase 2 und Auslösung Phase 3 |
| 4 | 2153 | Hundesteuer: Delegation der Kompetenz für die Festsetzung; Hundesteuer ab 01.01.2017 |
| 5 | 2154 | Massnahmenpaket – Teilziele Budget 2017 |
| 6 | 2155 | Budget 2017: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe |
| 7 | 2156 | Gemeindeordnung: Neuordnung von Rechnungsprüfungskommission und Geschäftsprüfungskommission (§ 39, 42, 72) |
| 8 | 2157 | Projekt Effibau: Informationen zum Projektstand |
| 9 | 2158 | Wahlbüro 2: Demission von René Dubach als ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschlag SVP: Vanessa Meury |
| 10 | 2159 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 20. September 2016 wird mit folgenden Korrekturen genehmigt:

Deckblatt

An der Sitzung hat Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, CVP, teilgenommen (*nicht alt Gemeinderat Andreas Kummer*).

Die Gemeinderäte Aldo Bigolin und Marco Crivelli waren bei Traktandum 9 (*nicht 8*) im Ausstand.

Das Deckblatt wird ausgewechselt.

- 0 -

Thomas Maritz, Feuerwehrkommandant Stützpunktfeuerwehr Grenchen, grüsst den Gemeinderat herzlich und zeigt sich erfreut, dass es möglich war, eine Behördensitzung im Feuerwehrgebäude zu organisieren. Die GR-Sitzung wird um 19.45 Uhr durch ein kurzes Abendessen (organisiert, zubereitet und serviert durch Feuerwehrangehörige) für GR-Mitglieder, Abteilungsvorsteher/-innen und Medienvertreter/-innen unterbrochen. Um 20.30 Uhr wird die GR-Sitzung fortgesetzt. Im Anschluss an den 2. Teil der GR-Sitzung wird er durch den Wagenpark der Stützpunktfeuerwehr und den neuen Anbau führen.

Stadtpräsident François Scheidegger dankt Thomas Maritz und seinem Team für das Gastrecht und ihre engagierte Arbeit, welche es ermöglicht hat, eine Sitzung im Feuerwehrgebäude zu organisieren. Es erfüllt ihn mit Freude und Stolz, dass die Feuerwehr sich mit so viel Herzblut für Grenchen einsetzt und die Anlage, das Material und die Fahrzeuge so toll in Schuss hält. Er wünscht der Feuerwehr weiterhin innovative Ideen, die nötige Ausdauer zur Umsetzung sowie Zufriedenheit und Befriedigung beim Gelingen neuer Projekte.

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Schulraumplanung Primarschule: Bericht Phase 2 und Auslösung Phase 3

Vorlage: GLSG/30.09.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Matthias Reitze, Kontextplan AG Solothurn, fasst den Bericht Phase 2 Lösungskonzeption, anhand einer Präsentation zusammen.

1.2. Gesamtschulleiter Hubert Bläsi erklärt, dass in einer 1. Phase eine andere Projektgruppe am Werk war als in der 2. Phase. In der 1. Phase waren Maya Karlen, Vorsitzende Geschäftsleitung, drei Schulleitungen sowie der ehem. Leiter Hochbau dabei. In der 2. Phase waren es fünf Vertreter der Geschäftsleitung, der Leiter Baudirektion a.i. sowie vier GR-Mitglieder, d.h. es waren alle GR-Fraktionen vertreten. Das hat dazu geführt, dass man entsprechend gut informiert war, als der 62-seitige Bericht Phase II verschickt wurde. Im Beschlussesentwurf sind drei Varianten aufgeführt, die Herr Reitze entsprechend gewichtet hat. Man kann sagen, dass eine Stimme auch noch zur Projektgruppe belangt ist, nämlich die Stimme der Hauswarte, die gerne in ihren Wohnungen verbleiben möchten und das mit einer Begründung in einem Brief auch den Fraktionschefs so mitgeteilt haben. Man hat nach dem Vorliegen des Berichts zur Phase 2 gesehen, dass es jetzt weitergehen müsste. Deshalb wird im Dispositiv vorgeschlagen, dass man einen Projektausschuss bildet, indem die Leute drin sind, die in Ziff. 4.4. definiert sind, damit man danach konkreter werden könnte, sofern der Gemeinderat heute auf das Geschäft eintritt und sich entscheidet, welche Variante in welcher Form weiterverfolgt werden soll.

2. Eintreten

2.1. Laut Gemeinderätin Nicole Hirt hat die CVP/glp Fraktion lange und intensiv über die Schulraumplanung diskutiert. In den kommenden 4 Jahren muss mit 5 neuen Klassen gerechnet werden. Gerade am Wochenende konnte man lesen, dass die Geburtenrate am Steigen ist. Wenn man die verschiedenen Varianten studiert, hat man den Eindruck, dass auch „dank“ der Sek-I-Reform die Ansprüche an die Schulraumplanung massiv gestiegen sind. So braucht es in 3 Schulhäusern 22 Gruppenräume à 35m². Wieso ein Gruppenraum halb so gross wie ein Klassenzimmer sein muss, ist ihr ein Rätsel. Es sind kantonale Vorgaben, ja, das weiss sie. Bei der Durchsicht der verschiedenen Varianten waren folgende Überlegungen nicht ganz ersichtlich: Die Auslagerung der Hauswarte ergibt eine Kosteneinsparung von 3 Mio. Franken, pro Wohnung eigentlich 1 Mio. Franken. Matthias Reitze hat versucht, es vorhin zu erklären. Für sie ist das immer noch eine wahnsinnige Zahl.

Hat man sich überlegt, was mit den Hauswarten passiert, falls sie ausgelagert werden? Diese werden nie im Leben eine ähnliche Wohnung finden, wie sie jetzt haben, zu dem Preis, den sie jetzt zahlen. Das ist allen klar. Wie würde man dieses Problem lösen? Wenn man die Hauswarte jetzt auslagert, generiert das Kosten von Leuten, welche das Areal bewachen müssen. Sie kann als Lehrperson die Idee, die Hauswarte von den Schularealen zu nehmen, absolut nicht nachvollziehen. Diese leisten so wertvolle Dienste. Sie sind nicht nur zu Bürozeiten dort, sie sind auch an den Abenden anwesend, wenn die Vereine dort sind. Nicole Hirt hat selbst Volleyball gespielt. Diese Spiele gingen manchmal bis um 23.00 Uhr. Die Abwarte waren immer dort, um die Anlage zu öffnen bzw. zu schliessen. Sie sind auch am Wochenende im Einsatz, wenn Vereine in den Hallen Trainingslager haben. Sie sind quasi rund um die Uhr präsent. Sie helfen den Lehrpersonen, wenn z.B. ein Kind einen kleinen Unfall im Turnen macht. Dann kann man die Klasse ja nicht unbeaufsichtigt lassen. In solchen Fällen konnte man das Kind bisher dem Hauswart bringen, damit es dort gut aufgehoben ist. Bei jedem Schulhausfest leisten Hauswarte jeweils wertvolle Arbeit, indem sie den Organisatoren mit Material etc. aushelfen und selbst tatkräftig anpacken. Es ist ihr sehr wichtig, dass aufgezeigt wird, wofür die Hauswarte alles eingesetzt werden. Es ist einfach, auf dem Papier 3 Mio. Franken sparen zu wollen. Sie möchte wissen, wieviel die Security bei einem Outsourcing der Hauswartet kostet, und ist überzeugt, dass es am Ende nicht 3 Mio. Einsparungen sein werden. Sie ist stark der Meinung, dass die Hauswarte in den Schulhäusern bleiben müssen. Das ist auch die Ansicht der CVP-/glp-Fraktion, welche auf das Geschäft eintreten und der Variante A2 (ohne Auslagerung der Hauswartwohnungen) zustimmen wird.

- 2.2. Die SP-Fraktion, so Gemeinderat Alexander Kaufmann bedankt sich vorab herzlich bei der Firma Kontextplan für die sehr guten und fundierten Entscheidungsgrundlagen sowie bei der Arbeitsgruppe zusammen mit dem Bildungsausschuss für ihre intensiven Arbeiten. Die Fraktion hat die Unterlagen „Phase 2 Lösungskonzeption“ mit grossem Interesse gelesen und diskutiert. Auch die Thematik pro oder kontra „Auslagerung der Hauswartwohnungen“ wurde eingehend besprochen. Sie hat auch ein gewisses Verständnis für die betroffenen Hauswarte und ihre Anliegen und nimmt daher auch deren Schreiben vom 18. Oktober zur Kenntnis. Trotzdem; nach eingehender Prüfung der drei Varianten ist sie zum Schluss gekommen, der Variante A1 den Vorzug zu geben. Diese Variante beinhaltet für die Stadt Grenchen die bestmögliche Abdeckung des Raumbedarfes in die bestehenden Schulraumbauten und kann mit Umstrukturierungen optimal den Bedürfnisse und Begehrlichkeiten gerecht werden. Zudem sind die Investitionskosten der Variante A1 im Variantenvergleich am günstigsten. Ein weiterer Vorteil bei dieser Variante ist das etappenweise Vorgehen der Ausführungsarbeiten. Die Problematik der nicht Beaufsichtigung der Schulanlagen ausserhalb der Schulzeiten bei einer Auslagerung der Hauswartwohnungen ist alternativ lösbar. Im Gegenteil, durch das externe Wohnen der Hauswarte wird die tägliche Belastung für die Hauswarte geringer und eine gewisse Distanz zur Anlage sowie die Privatsphäre sind besser gewährleistet. Die SP ist für Eintreten auf dieses Geschäft und unterstützt die Variante A1 gemäss Beschlussesentwurf.
- 2.3. Gemeinderat Aldo Bigolin erklärt, dass die FDP-Fraktion ebenfalls für Eintreten ist. Die Projektgruppe war sehr breit abgestützt und hat unter der Leitung der Kontextplan AG hervorragende Arbeit geleistet. Sämtliche Mitglieder der Projektgruppe konnten sich fachkundig einbringen, was dazu geführt hat, dass man jetzt über so eine detaillierte Entscheidungsgrundlage verfügt. Hier nochmals einen speziellen Dank an das Team der Kontextplan AG.

Mit einem Investitionsvolumen von mind. 10 Mio. Franken kommt ein sehr grosser Brocken auf die Stadt zu, daher kommt für die FDP die Variante C so nicht in Frage. Sie wird der Auslösung der Phase 3 zustimmen, damit die Projektgruppe überhaupt eingesetzt werden kann. Sie ist auch klar der Meinung, dass man klar die Variante 1 in einer 1. Priorität weiterbearbeiten sollte. Sie sieht aber auch die Begründung der Hauswartwohnung, welche ein Thema sein könnte. Er persönlich denkt hier an eine sehr dezentrale Schulanlage, welche stark exponiert ist, wie z.B. das Eichholz. Dort könnte es seine Berechtigung haben, dass man nochmals prüfen würde, ob es dort eine Hauswartwohnung nicht wirklich Sinn machen würde. In diesem Sinne beantragt die FDP, dass man der Projektgruppe einen Zusatzauftrag geben würde, in dem Sinne, dass man das A2 nicht ganz ausblendet, sondern spezifisch auf so eine Schulanlage nochmals prüfen würde. Gleichzeitig müsste man prüfen, was es überhaupt für Aufsichtspersonal ausserhalb der Schulzeiten brauchen würde. Gibt es hier einen Auftrag an die Securitas, welche nachts oder an den Wochenenden gewisse Rundgänge durchführt, oder könnte dies auch einen verstärkten Patrouillenrundgang der Stadtpolizei (oder von wem auch immer) geben? Er denkt, dass man die Idee hier noch weiterentwickeln und das auch als Zusatzauftrag an die Arbeitsgruppe weitergeben könnte, damit sie dies näher anschauen und dem Gemeinderat mit einer neuen Vorlage unterbreiten könnte. In dem Sinne stimmt die FDP dem Geschäft zu und stellt den Antrag, dass man die A2-Variante spezifisch auf einzelne Schulanlagen nochmals überprüft.

- 2.4. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, unterstützt mehr oder weniger die Variante 2. Sie sieht das absolut gleich wie die CVP, dass die Abwarte auf das Schulareal gehören.
- 2.5. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth kommt nochmals auf die Thematik „Abwarte im Schulhaus“ zu sprechen. Diese Thematik wurde seinerzeit schon diskutiert beim Neubau der HPS, welche im Zentrum liegt. Man kam damals zum Schluss, dass es arbeitspsychologisch nicht unbedingt geschickt ist, den Hauswart in der eigenen Anlage, am eigenen Arbeitsort wohnen zu lassen. Das ist ein Aspekt. Ein zweiter Aspekt, welcher nicht unbedingt dafür spricht, dass ein Hauswart vor Ort sein muss, ist die Tatsache, dass ein Schulhaus IV seit über 15 Jahren ohne Schulhausabwart im Schulhaus existiert. Man hat die Schulhäuser Schulhaus I und II sowie die HPS, welche ohne Hauswartwohnung funktionieren. Es gibt heute technische Überwachungsmöglichkeiten, wenn es überhaupt notwendig ist, welche wesentlich günstiger sind. Der Vorteil ist, dass man mit der Auslagerung der Hauswartwohnungen effektiv Schulraum gewinnt, welchen man sinnvoll nutzen kann, ohne grosse Bauvolumen auszulösen. Vielleicht wäre das auch gleich die Chance, sich von einem alten Zopf zu trennen. Er ist überzeugt, dass die Schulhausabwarte einen ganz guten und wichtigen Job, aber es ist nicht notwendig, dass sie jeden Abend zu Hause sein und das Schulhaus bewachen müssen. Er denkt, dass das gar nicht möglich ist. In Anbetracht dessen, dass es sich bei den 3 Mio. Franken um Steuergelder handelt, möchte die SP beliebt machen, dass man sich für Variante 1 einsetzt.
- 2.6. Matthias Reitze nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:
Die 35m² für einen Gruppenraum sind keine exakte Wissenschaft, sondern ein Eckwert, welcher in der ganzen Schweiz so gebraucht wird. Man kann auch Gruppenräume mit 20, 27 oder 31.7m² machen. In der Regel haben die Schulzimmer ca. 70m² bis 80m², man bleibt im Raster der Schulhäuser, teilt im Raster der bestehenden Schulzimmer ab. Deshalb ist das ein halbes Schulzimmer, ca. 35 bis 40m².

Ein Drittel eines Schulzimmers ist gar klein. Man könnte das machen, aber es wird schwierig mit den Eingängen.

Bei den Kosten von 3 Mio. Franken ist zu sagen, dass man dort auf die sichere Seite geht. Wenn man 2 Mio. sagt und es kostet dann 3 Mio., ist das immer unangenehm. Er hat vor der Sitzung noch mit dem Architekten gesprochen. Man wird das allenfalls auf 2 Mio. Franken drücken können, aber je nachdem, wo das (separate) Gebäude nachher steht, könnten noch höhere Kosten dazu kommen für Zuwege, sanitäre Anlagen, Garderoben etc. Mit 3 Mio. Franken kann man es auf alle Fälle umsetzen. Man hat eine reine Immo-Betrachtung gemacht. Man hat die Fragestellung, was die Security etc. kosten würde, nicht weiter untersucht.

- 2.7. Nicole Hirt kann nicht verstehen, dass man bei einem Outsourcing nicht die Kosten für Überwachung (durch Stapo oder Security-Firma) miteingerechnet hat. Hier hat man jetzt überhaupt keine Zahlen und ist quasi im luftleeren Raum. Die SP sagt immer, dass man die Schulleitungen operativ machen lassen soll. Diese sind alle der Meinung, dass die Hauswarte auf dem Gelände bleiben sollen. Trotzdem ist die SP jetzt gegenteiliger Ansicht. Das kann sie nicht nachvollziehen.
- 2.8. Gemeinderätin Clivia Wullimann denkt, dass es darum geht, 2 Mio. Franken an Kosten einzusparen. Die Variante A1 macht Sinn. Man könnte hineinnehmen als Goodwill an die Abwarte, welche dann umziehen müssen, dass die Stadt beispielsweise die Umzugskosten übernimmt. Hier hätte der Stadtpräsident sicher noch ein Budget. Das ist ein alter Zopf, von dem man sich trennen muss.
- 2.9. Stadtpräsident François Scheidegger fasst den Vorschlag der FDP wie folgt zusammen: Variante A1 mit dem Zusatzauftrag, dass man jeweils schaut, wo allenfalls so eine Hauswartewohnung doch Sinn macht oder wo man sie allenfalls doch machen müsste.
- 2.10. Gemäss Aldo Bigolin hätte es den Rahmen gesprengt, das in der Projektgruppe schon bereits zu erledigen und die Bedürfnisse wirklich abzuklären. Was es wirklich für eine Überwachung braucht, kann man heute noch nicht sagen. Es ist sicher nicht eine Rundumbewachung. Das kann man noch aufzeigen und so hätte man sich nichts verbaut. Entschieden ist ja noch gar nichts.
- 2.11. François Scheidegger findet das einen guten Vorschlag. Man muss einfach aufpassen, dass man sich nicht zu fest in den Details verliert.
- 2.12. Gemeinderat Marco Crivelli hat folgenden Vorschlag zur Variante der FDP, welche die CVP-Fraktion sehr gerne unterstützen würde: Man könnte die Variante A1 wählen mit einem Auftrag, dass die Begleitgruppe in einem ersten Schritt Konsequenzen pro Schulhaus mit und ohne Hauswartwohnungen aufzeigt und das dem Gemeinderat wieder vorlegt zur definitiven Variantenwahl.
- 2.13. Laut Aldo Bigolin war die Idee, dass man beides in einem Aufwisch vorbringt. Entschieden ist ja noch nicht. Wenn die Arbeitsgruppe dann aktiv gewesen ist, gibt es eine Vorlage, wo man die A2-Variante auch nochmals präsentiert.
- 2.14. François Scheidegger findet den Vorschlag vernünftig. Man würde sich in dem Sinne jetzt noch nicht definitiv festlegen. Man könnte sich immer noch die Option 1 oder Option 2 - evtl. ist sogar eine Zwischenlösung vorstellbar - offen halten.
- 2.15. Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich, ob es in den Schulhäusern grosse Vorfälle gibt oder gegeben hat. Die Schulhäuser I, II, IV und die HPS wurden in diesem Sinne nie überwacht, ausser von der Stadtpolizei.

Es gibt technische Möglichkeiten, weshalb sie findet, dass dies gar nicht nötig ist und man Variante A1 wählen könnte.

- 2.16. Laut Hubert Bläsi gibt es an den Wochenenden und an den Abenden immer wieder Vorfälle. Man kann ruhig einmal an einem Montagmorgen vorbeikommen und einen Augenschein nehmen. Es gab nie Vorfälle im Sinne von Mord und Totschlag. Es ist sicher so, dass, wenn jemand dort vor Ort ist (wie z.B. der Polizist), die Gefahr kleiner ist, dass man das immer hat.
- 2.17. François Scheidegger ergänzt, dass es ein paar Brennpunkte wie z.B. der Kindergarten Witmatt mit einem Litteringproblem gibt. Von grösseren Problemen kann er in seiner Amtszeit nicht berichten.
- 2.18. Alexander Kaufmann hat folgende Frage betreffend Variante A1: Wenn die Hauswarte nicht mehr in den Schulhäusern wohnen, hat man geplant, dass sie andere Räumlichkeiten haben? Gibt es noch ein Büro, das für sie geplant ist, denn irgendwo müssen sie sein, wenn sie nicht mehr dort wohnen. Der Arbeitsort ist ja weiterhin das Schulhaus.
- 2.19. Matthias Reitze betont, dass es für die Hauswarte keinen Rückzugsraum gibt. Sie haben Werkstätten, Büroarbeitsplätze, Reinigungsräume. Man hat angeschaut, was es für Voraussetzungen hat, aber einen Ersatz für eine Wohnung im Sinne eines Liegezimmers hat man nicht. Man fand, dass die bestehende Abwärtsinfrastruktur dafür reicht.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Anträge und Beschlussesentwurf

3.1.1 Ziff. 4.3

3.1.1.1 Ivo von Büren erklärt, dass sich die SVP dem Antrag der CVP anschliessen kann.

3.1.1.2 François Scheidegger fragt, ob die SP an der Variante A1 festhält oder auch bereit wäre, auf die Variante A1+ einzuschwenken.

Alexander Kaufmann beantragt einen Sitzungsunterbruch, damit sich die SP-Fraktion kurz besprechen kann.

3.1.1.3 Remo Bill führt aus, dass die SP beschlossen hat, an ihrer Strategie festzuhalten. Sie kennt die Finanzlage der Stadt Grenchen. Man hat die Möglichkeit, 3 Mio. Franken zu sparen, und sie wird der Variante A1 zustimmen. Selbstverständlich wird sie bei der Auslagerung, wenn es Probleme geben sollte, unterstützend mithelfen.

Die Variante A1+ obsiegt gegenüber der Variante A1 mit 9 : 6 Stimmen.

3.1.2 Ziff. 4.1, 4.2, 4.4. und 4.5

Die vier Anträge werden in globo einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Bericht KONTEXTPLAN „Schulraumplanung Primarschule Grenchen, Phase 2, Lösungskonzeption“ vom 30. September 2016 wird zur Kenntnis genommen.
- 4.2. Der Auslösung der Phase 3 wird zugestimmt.
- 4.3. Für die Umsetzungsplanung wird die **Variante A1+** gewählt (minimale bauliche Erweiterung Kastels mit/ohne Auslagerung der Hauswartwohnungen Primarschulen).
- 4.4. Für die weitere Bearbeitung wird ein Projektausschuss eingesetzt, bestehend aus einem Projektleiter (Baudirektion), der/dem StadtbaumeisterIn, dem Gesamtschulleiter und dem Finanzverwalter.
- 4.5. Der Projektausschuss unterbreitet dem Gemeinderat eine Projektierungsvorlage (Vorgehen, Projektkosten-Kredit, ev. Etappierung...).

Vollzug: BD, GLSG

GLSG
SV
BD

2.7.1.1 / acs

Hundesteuer: Delegation der Kompetenz für die Festsetzung; Hundesteuer ab 01.01.2017

Vorlage: RD/07.09.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Rechtskonsulentin Susanne Leber fasst die Vorlage kurz zusammen und erläutert die Folie „*Änderungsblatt zu Traktandum 4 bez. Beschlussesentwurf und neue Beilage*“.

2. Eintreten

- 2.1. Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, wurde die Hundesteuer im Jahr 2007 zum letzten Mal durch die Gemeindeversammlung angepasst. Aus der heutigen Sicht sind die CHF 90.00, welcher pro Hund und Jahr entrichtet werden müssen, nicht mehr kostendeckend. Das heisst, der finanzielle Aufwand ist grösser als der effektive Ertrag, was so nicht sein sollte. Da es sich hier um das Verursacherprinzip handelt und man von einer Gebühr spricht, macht eine Anpassung nach oben absolut Sinn, dasselbe gilt auch für die Mahngebühr. Um dem bisherigen Hundesteueränderungs-Prozedere, welches zeit- und kostenaufwendig ist, entgegen zu wirken, unterstützt die CVP den Vorschlag, dies in Zukunft vom Gemeinderat festlegen zu lassen. Wie vorhin erwähnt wurde, hat der Gemeinderat nicht uneingeschränkte Befugnis, sondern muss sich ans kantonale Recht halten, welches einen Betrag zwischen CHF 50.00 und CHF 200.00 vorsieht. Die CVP hat nichts gegen Hunde und schon gar nichts gegen ihre Besitzer, trotzdem erachtet sie eine Änderung des Erlasses über die Hundesteuer als notwendig und stimmt diesem zu. Als Anregung: Wie wäre es, wenn man jedem Hundebesitzer beim Bezahlen der Hundesteuer ein paar Robidog-Säckli abgeben würden?
- 2.2. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist. Als Hundebesitzer schätzt er in der Stadt Grenchen die verschiedenen Möglichkeiten, den Hundekot in die Hundetoilette „Robidog“ entsorgen zu können. Er schätzt auch den städtischen Unterhalt der „Robidogs mit Kotbeuteln“ und der Hundewiesen. So macht es ihm Spass mit seinem Hund „Emiro“ spazieren zu gehen. Da die eingeworfenen Hundekotbeutel fachgerecht entsorgt werden, schätzen das auch die Nichthundebesitzer. Es gibt zudem ein App „Dog Toilets“, das alle „Robidog“-Standorte in der Stadt aufzeigt. Die SP-Fraktion wird der Vorlage mit den Anträgen zustimmen.
- 2.3. Gemeinderätin Nicole Hirt ist auch Hundebesitzerin und hat persönlich absolut nichts gegen eine Erhöhung, denn sie ist froh, wenn es auf Gemeindegebiet genügend „Robidog“-Kästen hat.

Ihr Problem ist, dass man jetzt zwar sagt, dass es gemäss den Berechnungen kostendeckend sei. Aber wie kann man das wissen? Es ist allseits bekannt, dass die Hunde ab dem nächsten Jahr keine Marke mehr haben. Man muss keine Marke mehr holen, sondern man erhält eine Rechnung und bezahlt diesen Betrag ein. Wie kann man jetzt schon sagen, dass es nicht kostendeckend sei?

Bis jetzt bekam man von der Stadtpolizei eine Rechnung. Nachdem man diese bezahlt hat, konnte man am Schalter der Polizei die Marke beziehen. Bis jetzt machte das Sinn, dass sich die Polizei darum kümmerte. Denn fand man einen streunenden Hund, konnte man die Nummer der Polizei wählen, die konnten in ihrer Liste nachschauen, wem der Hund gehört.

Nun wurde die physische Hundemarke auf Kantonsebene abgeschafft, weil ja jeder Hund gechipt sein muss. Lesegeräte haben die Polizei und die Tierärzte. Ihr Antrag lautet deshalb, dass das Inkasso von der Polizei weggenommen und neu der Stadtkasse zugeteilt wird, weil es effektiv nichts mit der Polizei zu tun hat.

Man sollte zuerst einmal schauen, wie es sich das nächste Jahr entwickelt, wo es die Marke nicht mehr gibt, denn das gibt sicher weniger administrativer Aufwand, dann eruieren, wie hoch die Kosten sind, und erst nachher über eine Erhöhung diskutieren und nicht jetzt schon, wo man das gar noch nicht weiss. Vielleicht halten sich Kosten und Aufwand ja dann die Waage. Die gIp ist für Eintreten mit dem Antrag, das Inkasso der Stadtkasse zuzuteilen.

- 2.3.1 Für Stadtpräsident François Scheidegger hat die Frage des Inkassos nichts mit der Hundesteuer zu tun. Jetzt redet man über die Hundesteuer und nicht über organisatorische Massnahmen. Dann muss Nicole Hirt halt beantragen, dass das Geschäft zurückgewiesen wird. Die Sache muss sauber abgewickelt werden, sonst hat man ein Durcheinander.
- 2.4. Gemeinderat Richard Aschberger kann sich Nicole Hirt anschliessen. Man sieht nicht, ob es kostendeckend ist oder ob etwas in die Stadtkasse fliesst. Seitens SVP gibt es ganz klar einen Generalversammlungsbeschluss, welcher sich gegen Steuer- und Gebührenerhöhungen ausspricht. Deshalb kann die SVP-Fraktion die Anträge nicht mittragen.
- 2.5. Stadtpräsident François Scheidegger versteht wirklich nicht, weshalb der Steuerzahler für die Kosten der Hundehalter aufkommen soll. Man hat auch eine Verpflichtung. Das ist eine Gebühr, zwar ist es keine reine Gebühr, sondern eine Steuer mit Gebührencharakter. In diesem Sinne kann man auch nicht auf Franken und Rappen genau nachweisen, wie hoch die Kosten sind - das muss man auch gar nicht, da es sich um eine Steuer handelt.
- 2.6. Susanne Leber erklärt, dass die Gebühr für die Hundemarke von CHF 40.00 eine rein kantonale Sache ist. Das Geld geht an den Kanton. Die Stadt hat das Inkasso dieser Gebühr zu erledigen. Auf der anderen Seite hat man versucht, festzustellen, welche Kosten durch die Hunde verursacht werden und ist dabei auf CHF 80.00 pro Hund gekommen. Das sind Kosten, welche bei der Polizei und der Baudirektion generiert werden. In Grenchen gibt es ca. 800 Hunde, auf welche die Kosten ungefähr zu verteilen sind.
- 2.7. Gemeinderat Ivo von Büren meldet sich im Namen der SVP-Fraktion nochmals zu Wort. Er sieht dies nicht unbedingt als Steuer, obwohl es Hundesteuer heisst und so abgerechnet wird. Es wurde vorhin mit dem Verursacherprinzip argumentiert.

Ivo von Büren geht mit dem Stadtpräsidenten einig, dass die Kosten für die Hunde diejenigen tragen sollen, welche für ihre Entstehung verantwortlich sind. Unter diesem Hintergrund kann die SVP-Fraktion mehrheitlich hinter den Anträgen stehen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 13 : 2 Stimmen folgender

4. Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1. Die Änderungen des Erlasses über die Hundesteuer vom 18. Dezember 2007 gemäss Beilage werden genehmigt.

Für den Fall, dass die Gemeindeversammlung die Änderungen des Erlasses über die Hundesteuer gemäss Ziffer 4.1. ablehnt, beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung:

4.2. Die Hundesteuer beträgt ab 01.01.2017 CHF 130.00 je Hund und Jahr.

4.3. Die Mahngebühr beträgt ab 01.01.2017 CHF 50.00 je Mahnung.

Für den Fall, dass die Gemeindeversammlung die Kompetenzdelegation genehmigt, beschliesst der Gemeinderat:

4.4. Die Hundesteuer beträgt ab 01.01.2017 CHF 130.00 je Hund und Jahr.

Vollzug: Stapo, RD, FV

Beilage: Synopse zu den Änderungen des Erlasses über die Hundesteuer vom 18.12.2007

RD
FV
BD
SDOL

8.1.0.0 / acs

Massnahmenpaket – Teilziele Budget 2017

Vorlage: Antrag GRK/28.09.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Budget 2017

- 1.1.1 Gemäss David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, ist das vorliegende Budget 2017 das Resultat aus den Eingaben der Abteilungen und der Gruppenberatungen. Das Budget 2017 schliesst mit einem Budgetdefizit von 4.6 Mio. Franken ab. Hauptgründe sind weiter sinkende Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, was gegenüber dem Budget 2016 zu 2.6 Mio. Franken weniger Steuerertrag führt. Das Ergebnis im Budget 2017 ist um rund 0.4 Mio. Franken schlechter als im Budget 2016. Dank Aufwandreduktionen von 2.4 Mio. Franken konnte ein noch schlechteres Resultat verhindert werden.

Vorab ein paar Worte zur allgemeinen Wirtschaftslage:

„Die Schweizer Wirtschaft konnte in den vergangenen Quartalen wieder Tritt fassen. Der Brexit-Entscheid hat international zwar die Unsicherheit erhöht, jedoch blieben grössere Verwerfungen an den Finanzmärkten bislang aus. Die Expertengruppe geht derzeit von einer Fortsetzung der moderaten Konjunkturerholung im Euroraum und in der übrigen Welt aus. Unter dieser Voraussetzung ist für die Schweiz mit positiven Impulsen vom Aussenhandel und einer langsamen Festigung der konjunkturellen Erholung zu rechnen. Die Expertengruppe behält damit ihre bisherige Einschätzung (vom Juni) weitgehend bei und prognostiziert für 2016 ein BIP-Wachstum von 1,5%. Für 2017 wird eine Beschleunigung auf 1,8% erwartet. Damit dürfte auch der seit 2015 andauernde leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit allmählich ausklingen und die Arbeitslosenquote sowohl 2016 als auch 2017 auf 3,3% (Jahresdurchschnittswerte) zu liegen kommen.“ (Quelle SECO: Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes – Herbst 2016)

Die Einschätzung des Steuerertrags, insbesondere der juristischen Personen ist immer schwierig und basiert aus diversen Quellen, Annahmen und Informationen der juristischen Personen. Auch für 2017 ist das so! Die aktuellen kurz- bis mittelfristigen Prognosen der sind vorsichtig und realistisch eingeschätzt, aufgrund des heutigen Wissensstands. Längerfristige Prognosen geben die juristischen Steuerzahler keine ab. Aber auch beim Steuerertrag der natürlichen Personen ist die Einschätzung schwer. Die Unschärfe kann immer in einer gewissen Bandbreite etwas höher oder tiefer ausfallen.

Umstellung auf HRM2:

- Das Budget 2017 ist das zweite Budget, das nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften gemäss HRM2 gemacht wurde. Die direkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist darum nicht in jedem Fall bzw. nur bedingt möglich.
- Die Umstellung auf HRM2 wird eine gewisse Übergangszeit brauchen, bis sich die Verwaltung, die Politik und die Leser an HRM2 gewöhnt haben. Das braucht etwas mehr Zeit, Geduld und Toleranz aller Beteiligten.

1.1.2 Das Budget 2017 zuhanden der Gruppenberatungen wies noch ein Budgetdefizit in der Erfolgsrechnung von 6.3 Mio. Franken aus. In den zweitägigen Budgetverhandlungen während den Gruppenberatungen konnte das Defizit dank Minderaufwendungen von 1.7 Mio. Franken auf 4.6 Mio. Franken reduziert werden.

Das so korrigierte Defizit fällt damit um ca. 0.9 Mio. Franken tiefer aus, als das der verabschiedete Finanzplan für das Jahr 2017 vorgesehen hat. Die detaillierten Budgetkorrekturen der Gruppenberatungen können dem verschickten Protokoll und der Korrekturliste vom 27. September 2016 aus den Gruppenberatungen entnommen werden.

1.1.3 Damit kommt David Baumgartner zu den Ergebnissen des Budgets 2017, wie sie sich zusammengefasst präsentieren:

1.1.3.1 Erfolgsrechnung

- Der Aufwand aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 96.5 Mio. Franken und der Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 89.5 Mio. Franken. Daraus resultiert ein Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von minus 6.97 Mio. Franken. Das Ergebnis aus Finanzierung beträgt 2.32 Mio. Franken. Somit resultiert ein operatives Ergebnis von minus 4.65 Mio. Franken. Dieses fällt im Vergleich zum Vorjahresbudget rund 0.4 Mio. Franken schlechter aus.
- Die höheren Ausgaben für Soziale Sicherheit und Kostenerhöhungen im Bereich Kultur und Sport geben weniger den Ausschlag für das Defizit als die fehlenden Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen.
- Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (VV) und auf den Investitionsbeiträgen und den Darlehen des VV sind im Ergebnis mit 2.4 Mio. Franken enthalten. Daraus ergibt sich ein Brutto-Überschuss von minus 2.2 Mio. Franken, also rund 1.0 Mio. Franken schlechter als im Vorjahresbudget.

1.1.3.2 Investitionsrechnung

- Bei der Investitionsrechnung haben wir Ausgaben von 8.1 Mio. Franken und Einnahmen von CHF 0.6 Mio. Franken. Damit betragen die Nettoinvestitionen rund 7.5 Mio. Franken, wovon 6.2 Mio. Franken ordentliche Investitionen betreffen vom Verwaltungsvermögen.

1.1.3.3 Beim Finanzierungsergebnis

- sind die im Vergleich zum Vorjahresbudget um 1.6 Mio. Franken höhere Nettoinvestitionen (inkl. Spezialfinanzierungen) von 7.5 Mio. Franken zu erwähnen. Aufgrund des negativen Bruttoüberschusses von minus 2.2 Mio. Franken entsteht ein Finanzierungsfehlbetrag von 9.7 Mio. Franken. Um diesen Betrag nimmt auch die Fremdverschuldung zu und das Nettovermögen ab. Somit beträgt die Nettoverschuldung per Ende 2017 voraussichtlich minus 16.3 Mio. Franken.

1.1.4 Grundlagen

Das Budget 2017 wurde mit folgenden Grundlagen berechnet:

1.1.4.1 Steuern

- Die Steuersätze sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert.
(natürliche Personen 124 % - juristische Personen 122 %)
- Die letzte Steuersenkung erfolgte 2009 – (für natürliche und juristische Personen um je 2 Basispunkte)
- Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt weiterhin 10 % der einfachen Staatssteuer.

1.1.4.2 Gebühren

- Die Gebühren für die Abwasserbeseitigung und Kehrichtgebühren bleiben ebenfalls unverändert.

1.1.4.3 Löhne

- Für das Verwaltungspersonal ist im Budget keine Teuerung gerechnet.
- Auf den Löhnen der Lehrkräfte wird gemäss Verhandlungen mit den GAV-Vertretern ebenfalls keine Teuerung geplant.

1.1.4.4 Diverse

- Mit dem Rechnungslegungsmodell HRM2 wird nach dem True-and-Fair-View Prinzip budgetiert. Das heisst, es soll ein realistisches Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt werden.
- Der Kantonsbeitrag für die Schülerpauschalen basiert auf effektiv festgelegten Werten des Kantons und zeigt positive Auswirkungen auf die Rechnung im Bildungsbereich. Der neu gestaltete Finanz- und Lastenausgleich wurde überprüft und angepasst.
- Nochmals zur Erinnerung: Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen erfolgen je nach Kategorie der Anlageobjekte. Die Abschreibungen auf den Liegenschaften des Finanzvermögens entfallen und es wird eine regelmässige Neubewertung der Vermögenswerte gemacht. Die Wertanpassungen erfolgen dann über Wertberichtigungen in der Bilanz.

1.1.5 David Baumgartner läutert die wesentlichen Abweichungen zum Voranschlag 2016:

1.1.5.1 Aufwand

- Der Gesamtaufwand nimmt im Vergleich zum Budget 2016 um 2.4 Mio. Franken ab.

Personalaufwand

- Bei den Löhnen des Verwaltungspersonals sind Minderaufwendungen von 0.2 Mio. Franken zu verzeichnen.
- Bei den Löhnen der Lehrpersonen resultiert ein Mehraufwand von 0.6 Mio. Franken.
- Die Sozialleistungen nehmen um 1.4 Mio. Franken ab.

Sachaufwand

- Der Sachaufwand nimmt um rund 0.5 Mio. Franken ab.

Abschreibungen

- Die Abschreibungen fallen im Vergleich zum Budget 2016 um rund 0.7 Mio. Franken tiefer aus (ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und den Spezialfinanzierungen).
- Zur Erinnerung: HRM2 verlangt, dass das bestehende Verwaltungsvermögen per 31.12.2015 über die nächsten 10 Jahre linear abgeschrieben wird. Dazu kommen noch die Abschreibungen, die aus der Investitionsrechnung ab Rechnung 2016 und folgende resultieren.

Passivzinsen

- Aufgrund der immer noch sehr tiefen Refinanzierungsmöglichkeiten fallen die Passivzinsen um 0.1 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr.

Transferaufwand

- Der Transferaufwand nimmt um 0.3 Mio. Franken ab (Transferaufwand ersetzt unter HRM2 die früheren Begriffe „Beiträge“ und „Entgelte“).
- Die Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen nehmen um 0.4 Mio. Franken zu.
- Die internen Verrechnungen nehmen um 0.2 Mio. Franken ab.

1.1.5.2 Ertrag

Der Ertrag nimmt gegenüber dem Budget 2016 um 2.8 Mio. Franken ab. Hauptgründe dafür sind

- tiefere Steuererträge
- tiefere interne Verrechnungen

1.1.5.3 Steuerertrag (Beilage 1)

Juristische Personen

Bei den Juristischen Personen bleibt der Steuerfuss bei 122 %. Die Prognose für 2017 ist gegenüber dem Budget 2016 rund 2.5 Mio. Franken schlechter und gegenüber der Rechnung 2015 resultiert eine Reduktion von ca. 5 Mio. Franken. Für 2017 werden total 9.0 Mio. Franken budgetiert.

Natürliche Personen

Bei den Natürlichen Personen bleibt der Steuerfuss unverändert bei 124 %. Basierend auf den aktuell eingeschätzten Steuern 2015 und den Wachstumsprognosen des SECO für 2017 werden Steuererträge mit einer leichten Abnahme für das Budget 2017 geplant. Unter dieser Annahme ergibt sich für das Budget 2017 ein leicht tieferer Steuerertrag von 43.2 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget.

Die übrigen Steuern werden unverändert mit 0.6 Mio. Franken budgetiert

Gestützt auf den aktuellen Informationsstand wird für 2017 ein gesamter Steuerertrag von 52.8 Mio. Franken budgetiert. Im Budget 2016 waren es noch 55.4 Mio. Franken.

1.1.6 Investitionsrechnung

Die Kreditbewilligungen für neue Projekte, die demnächst realisiert werden sollen, finden sich auf Seite 70 des vorliegenden Budgets 2017. Netto sollen für 7.4 Mio. Franken Kredite bewilligt werden.

1.1.6.1 Investitionsbudget

Das Investitionsbudget umfasst die im nächsten Jahr geplanten Ausführungen der bewilligten Objekte bzw. den entsprechenden Zahlungsbedarf für diese Projekte. Details finden sich auf den Seiten 72-75 im Budget.

- Die Investitionen im Verwaltungsvermögen betragen brutto 8.1 Mio. Franken mit Einnahmen von 0.6 Mio. Franken. Das ergibt Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken. Davon sind 6.2 Mio. Franken ordentliche Investitionen.
- Zu Lasten der Spezialfinanzierungen sind Nettoinvestitionen über 1.3 Mio. Franken geplant. Die Spezialfinanzierungen werden über Gebühren finanziert und betreffen die Abwasser-, die Abfallbeseitigung und Parkplätze.

1.1.6.2 Die wesentlichen Investitions-Objekte im Verwaltungsvermögen sind die folgenden:

- | | |
|---|----------|
| - 15. Kindergarten Ostquartier „Röti“ | 0.8 Mio. |
| - Sanierung Küche Parktheater | 0.8 Mio. |
| - Sanierung Tribüne Schwimmbad | 0.7 Mio. |
| - Diverse Strassen und öff. Beleuchtung | 1.6 Mio. |

1.1.6.3 Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)

- | | |
|---|----------|
| - Regenbecken Moosstr. 1+2: Gesamtsanierung | 0.6 Mio. |
|---|----------|

1.1.6.4 Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)

- | | |
|--------------------------------|----------|
| - Ersatz Kehrriemwagen JG 2007 | 0.4 Mio. |
|--------------------------------|----------|

1.1.7 Entwicklung der Nettoverschuldung und des Eigenkapitals

Die Entwicklung der Nettoverschuldung bzw. des Nettovermögens ist aus Beilage 2 ersichtlich.

1.1.7.1 Nettoverschuldung

Aufgrund der geplanten Investitionen und des tiefen Bruttoüberschusses in den Jahren 2016+2017 wird die Nettoverschuldung per Ende 2017 voraussichtlich auf 16.3 Mio. Franken ansteigen.

1.1.7.2 Eigenkapital (Beilage 3)

Das Eigenkapital reduziert sich per Ende 2016 um das geplante Budgetdefizit 2016 von 4.3 Mio. Franken auf neu 25.4 Mio. Franken.

Das Eigenkapital von 25.4 Mio. Franken steht für die Abdeckung allfälliger Budgetdefizite der kommenden Jahre zur Verfügung und ist trotz des Defizits von 4.3 Mio. Franken immer noch ein genügendes Eigenkapital.

- Das Eigenkapital reduziert sich per Ende 2017 um das geplante Budgetdefizit 2017 von 4.6 Mio. Franken auf neu 20.4 Mio. Franken.

- Das Eigenkapital von 20.4 Mio. Franken steht für die Abdeckung allfälliger Budgetdefizite der kommenden Jahre zur Verfügung.

1.1.8 Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen

- Bei einem Cash Flow von minus 2.2 Mio. Franken und Abschreibungen auf dem VV von 2.4 Mio. Franken resultiert ein Budgetdefizit von 4.6 Mio. Franken.
- Bei Ausgaben von 8.1 Mio. Franken und Einnahmen von 0.6 Mio. Franken in der Investitionsrechnung resultieren Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken.
- Da aufgrund des negativen Cash Flows keine Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden können, müssen neue Schulden von 9.7 Mio. Franken aufgenommen werden, damit die Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken finanziert werden können.

1.1.8.1 Zusammenfassend kann zum Budget 2017 gesagt werden, dass das Resultat der Erfolgsrechnung weiterhin geprägt ist vom anhaltenden Wachstum im Bildungs- und Sozialhilfereich und einnahmenseitig von tieferen Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen.

Das vorliegende Budget bestätigt die Einschätzung von David Baumgartner aus dem Vorjahr, dass man sich in einem strukturellen Defizit befindet. Anstehende, notwendige Investitionen und Unterhaltsarbeiten können nicht aus den Steuereinnahmen gedeckt werden.

Ziel soll und muss ein mindestens ausgeglichener Haushalt sein. Damit die Investitionen nicht mit neuen Schulden bezahlt werden müssen, ist es notwendig, dass bald wieder Überschüsse realisiert werden können.

HRM2 verlangt im Vergleich zu HRM1 anders berechnete Kennzahlen. Unter anderem wird mittelfristig ein Selbstfinanzierungsgrad von 80% gefordert.

Man wird die Kennzahlen erstmals in der Rechnung 2016 mit einem Ampelsystem farblich hinterlegen.

Die Verantwortung für die Finanzen der Stadt Grenchen liegt beim Gemeinderat. Die Politik muss jetzt zusammen mit der Verwaltung die entsprechenden Massnahmen umsetzen. Bei einem strukturellen Defizit von 5 Mio. Franken braucht es Konsenslösungen über alle Parteien, damit die Kosten gesenkt und die Erträge innerhalb nützlicher Frist erhöht werden können.

1.2. Massnahmenplan ausgeglichene Rechnung

1.2.1 Der Gemeinderat muss heute über ein erstes Massnahmenpaket entscheiden, damit die gesetzten Zielvorgaben innert Frist erreicht werden. Parallel zu diesem ersten Massnahmenpaket ist bereits ein zweites Massnahmenpaket geplant, das voraussichtlich bis April 2017 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung präsentiert werden soll. Die Erarbeitung und Umsetzung dieses Massnahmenplans ist umso wichtiger und dringlicher, als mit der Einführung der anstehenden Unternehmenssteuerreform III die Steuereinnahmen der Juristischen Personen weiter sinken werden. Darum ist man gezwungen, auf der Aufgabenseite die Kosten zu senken und/oder auf der Ertragsseite die Erträge zu erhöhen.

1.2.2 Die Beilage 1 zum Budget zeigt informativ auf, welche Kostenblöcke bestehen, aufgeteilt in Kernaufgaben und freiwillige Leistungen. Beilage 2 zum Budget zeigt den ersten Massnahmenplan.

Bevor auf das Budget 2017 eingetreten werden kann, möchte David Baumgartner dem Gemeinderat diese ersten Massnahmen kurz vorstellen. Anschliessend wird jede Massnahme durchgesprochen und verabschiedet. Wo gewünscht, können Anträge gestellt und/oder zusätzliche Vorschläge eingebracht werden.

- 1.2.3 David Baumgartner präsentiert dem Gemeinderat anhand einer Folie die ersten Massnahmen. Diese wurden in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitenden und der GRK erarbeitet. Somit sind diese Massnahmen Anträge der GRK an den Gemeinderat.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist. Das strukturelle Defizit ist auch ihr bekannt. Sie hat ebenfalls das Ziel, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Sie ist trotzdem der Meinung, dass weder bewährte Dienstleistungen abgebaut werden sollen noch auf wichtige Investitionen verzichtet werden soll. Die Stadt Grenchen muss attraktiv bleiben. Die SP-Fraktion wird einen Antrag für eine Steuererhöhung einreichen. Sie ist für eine Steuererhöhung statt für Gebührenanpassungen oder Abbaumassnahmen. Eine Steuererhöhung ist das richtige Mittel, um eine nach dem Einkommen gerechte Lösung zu erzielen. Auch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III sind ein noch unbekannter finanzieller Faktor, der auf die Stadt Grenchen zukommt. Die SP-Fraktion hat den Massnahmenplan kritisch beurteilt. Sie wird gewisse vorgeschlagene Massnahmen streichen oder hinterfragen und zusätzliche Massnahmen vorschlagen. Sparen oder ein Leistungsabbau auf dem Buckel der Einwohner mit einem tiefen Einkommen wird die SP nicht unterstützen.
- 2.2. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Aldo Bigolin, ist ebenfalls für Eintreten auf das Geschäft. Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt, den Massnahmenkatalog auszuarbeiten. An den Gruppenberatungen wurde der vorgeschlagene Massnahmenkatalog sehr intensiv besprochen, ergänzt und definiert und an der darauffolgenden GRK-Sitzung zuhanden des Gemeinderates abgeseget. Die FDP-Fraktion bekennt sich dazu und will sparen. Der vorliegende Massnahmenplan zeigt deutlich auf, dass man auch sparen kann. Man muss aber auch sparen wollen. In diesem Sinne ist die FDP mit den bereits im Budget vorgeschlagenen Einsparungen von Fr. 895'000.00 einverstanden. Ebenfalls wird sie den zusätzlichen Teilzielen von insgesamt Fr. 2'070'000.00 vollumfänglich zustimmen können.
- 2.3. Gemäss Gemeinderat Marco Crivelli hat man in letzter Zeit viel über das Sparen gesprochen und jeder resp. jede Fraktion hat immer gesagt, dass man sparen muss. Jetzt ist es soweit. Nun liegt das Massnahmenpaket vor und man sieht, wo mit welchen Konsequenzen gespart werden kann. Das Massnahmenpaket wurde bereits in den Gruppenberatungen und in der GRK intensiv besprochen und zuhanden des Gemeinderates verabschiedet. Der Finanzverwalter hat vorhin erwähnt, dass es auch mit dem Budget 2017 dringend nötig ist, dass Einsparungen getätigt werden. Es ist der CVP-/glp-Fraktion bewusst, dass Sparen zum Teil wehtun kann. Man muss sich aber auch im Klaren sein, dass der Schmerz zum Teil manchmal auch nur kurz andauert, denn wenn man sich an die neue Situation erst einmal gewohnt hat, merkt man, dass es auch so geht. Er kann nicht ganz nachvollziehen, weshalb die SP-Fraktion Gebührenerhöhungen konsequent ablehnen will. Weshalb soll man nicht eine Gebühr erhöhen, welche eine Zahlung für eine Leistung ist, welche jemand bezieht, und sie so verrechnen, dass sie kostendeckend ist? Warum die SP eine Steuererhöhung beantragt, kann die CVP-/glp-Fraktion nicht verstehen.

Diesen Antrag wird sie ganz sicher nicht unterstützen, denn es gibt keine Firma, welche irgendetwas anbietet und so verrechnet, dass sie von Anfang an weiss, dass sie drauflegt. Die CVP-/glp-Fraktion hat das Massnahmenpaket besprochen und eingehend diskutiert. Sie kann dem Massnahmenpapier im Grundsatz zustimmen, wird aber in der Detailberatung noch auf zwei, drei Punkte zu sprechen kommen.

- 2.4. Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Die SVP spricht schon seit Jahren vom Sparen. Sie wurde manchmal ein wenig dafür belächelt. Man hat sie auch höhnisch „Sparpartei“ genannt. Nun zeigt sich, dass die „Sparpartei“ Recht gehabt hat. Man ist jetzt so weit, man muss sparen. Und das wird man jetzt auch tun. Im Gegenteil zur SP will die SVP keine Steuererhöhung sondern eher eine Steuersenkung. Indem man die Steuern senken würde, würde man die Stadt attraktiver machen und dadurch vielleicht kräftige Steuerzahler in die Gemeinde holen. Die SVP-Fraktion unterstützt die Teilziele Budget 2017 mehrheitlich und wird in der Detailberatung ihre Anträge stellen.
- 2.5. Gemeinderätin Clivia Wullimann bezieht sich auf das Votum von Marco Crivelli und meint, dass er die SP-Fraktion wahrscheinlich falsch verstanden hat. Die SP hat nie gesagt, dass sie Gebührenerhöhungen generell ablehnt. Das ist nicht die Haltung der SP, sondern der SVP. Da hat er wohl etwas verwechselt. Es ist so, dass gewisse Massnahmen, welche man hier diskutieren wird, tatsächlich Gebührenerhöhung sind. Wogegen sich die SP sträubt, ist, dass man auf Kosten der Ärmsten spart. Dies wird sie bekämpfen, und wenn es sein muss, auch an der Gemeindeversammlung.
- 2.6. Anlässlich der Behandlung des Finanzplans, so Gemeinderat Renato Müller, war sich der Rat bei der Diskussion um die Eliminierung des strukturellen Defizits einig, dass man jetzt handeln muss. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Es ist jetzt eine Frage des Müssens und nicht mehr des Wollens. Dem Antrag der SP auf Steuererhöhung wird die FDP sicher nicht zustimmen. Jetzt muss zuerst der Massnahmenkatalog durchgearbeitet werden. Heute liegen die kurzfristigen Massnahmen vor, welche schon ins Budget 2017 übertragen werden können. Nachher steht die richtige Knochenarbeit noch an. Bevor man dort nicht das Sparpotential ausgeschöpft hat, muss man sicher nicht über eine Steuererhöhung diskutieren.
- 2.7. Nach Ansicht von Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ist allen klar, dass man etwas machen muss. Die Frage ist, was für ein Paket geschnürt wird, das am Schluss erfolgreich durchgezogen werden kann und über alle Couleurs hinweg unterstützt wird. So ein Paket muss ausgeglichen sein; man kann nicht einerseits die bürgerlichen Anliegen drin lassen und andererseits Sachen, welche die linke Seite als verteidigungswürdig erachtet, streichen. Das vorliegende Massnahmenpaket ist seiner Auffassung nach ziemlich unausgeglichen. Man hat in guten Zeiten einer Steuersenkung zugestimmt. Damals hat man aber immer davon gesprochen, dass man eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betreibt. Es wurde immer wieder gesagt, dass, wenn schlechtere Zeiten kommen würden, man wieder über eine allfällige Steuererhöhung diskutieren würde. Jetzt hat man die Situation, wo diese Diskussion geführt werden muss. Für die SP-Fraktion ist das kein Tabu. Gebühren sind verursacherorientiert - die SP hat im Übrigen beim vorherigen Traktandum der Erhöhung der Hundesteuer zugestimmt - wohingegen Steuern sozial abgefedert sind und die Leute ihrem Einkommen entsprechend treffen. Man kann schon sagen, dass eine Steuersenkung die Stadt attraktiv macht. Grenchen hat den Steuersatz gesenkt. Hat man jetzt mehr Einnahmen? Hat man seither viel bessere Steuerzahler?

Man hat ein unglaubliches Bauvolumen, das im Moment läuft, man hat Zuwanderung. Verzeichnet man Mehreinnahmen bei den Natürlichen Personen? Es wurden Wirtschaftsbetriebe angesiedelt. Hat man Mehreinnahmen bei den Juristischen Personen? Er stellt fest, dass dies leider nicht der Fall ist. Wenn man ein Massnahmenpaket schnüren will, dann muss es ein ausgeglichenes sein, und dazu gehört auch die Diskussion um eine Steuererhöhung.

- 2.8. Stadtpräsident François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Grenchen in einem Steuerwettbewerb steht. Die Riesengeschichte „Unternehmenssteuerreform III“ ist genau das Thema. Er denkt, dass man die Steuern anpassen muss, weil man sonst im Steuerwettbewerb nicht bestehen kann. Was auf Grenchen zukommt, weiss man noch nicht genau. Hinter den Kulissen wird eifrig gearbeitet. Aufgrund dessen, was ihm an Informationen vorliegen, sieht er im Moment keinen Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Der Druck, den Grenchen hat, ist so oder so gewaltig, weshalb man zwingend sparen muss.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Allgemeine Verwaltung

3.1.1 **ID 2 Auswirkungen Projekt EFFIBAU**

Gemeinderat Alexander Kaufmann erwartet, dass dem Gemeinderat zum Projekt Effibau ein Schlussreporting vorgelegt wird.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.1.2 **ID 513 Überprüfung PK-Lösung (sofort!) - Proaktiv!**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.1.3 **ID 4 Überarbeitung Personalordnung**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.1.4 **ID 5 Solidaritätsbeitrag Personal 0.5%, 1.0%, 1.5%**

- 3.1.4.1 François Scheidegger bedankt sich vorab beim PVG für seinen konstruktiven Vorschlag für einen Beitrag an die Sanierung des Finanzhaushalts (es wurden noch die Stellungnahmen des VSPB und vpod aufgelegt, welche sich recht kategorisch gegen einen finanziellen Beitrag aussprechen). Er hat bei der Behandlung des Geschäfts in der GRK verlangt, dass, wenn ein Opfer vom Personal verlangt wird, auch von Seiten der Politik ein Zeichen gesetzt werden muss. Darum hat er beliebt gemacht, dass man auch Einsparungen beim Sitzungsgeld vorsehen soll (s. ID 521 Reduktion Sitzungsgelder GR bis ausgegl. RE). Persönlich kann er nicht hinter dem Solidaritätsbeitrag stehen und zwar aus folgende Gründen: Erstens hat man ein strukturelles Defizit, welches mit strukturellen Massnahmen behoben werden muss. Eine Lohnkürzung ist für ihn keine strukturelle Massnahme. Hinzukommt, dass, wenn man dies umsetzen würde, ein einfacher Beschluss nicht genügen würde, sondern die Personalordnung abgepasst werden müsste, und dazu reicht die Zeit bis zur Gemeindeversammlung schlichtweg nicht. Man muss im Gegenteil schauen, dass man an der Gemeindeversammlung auch das Personal für die Massnahmen gewinnen kann, welche die Verwaltung letztlich umsetzen muss. Man muss das Personal an Bord haben, nur so können Massnahmen umgesetzt werden. Gegen das Personal geht das nicht. Ihm ist wichtig, dass man in diesem Zusammenhang ein Zeichen setzen kann. François

Scheidegger macht gleichzeitig beliebt, dass auf Massnahme ID 521 (Reduktion der Sitzungsgelder) verzichtet wird, denn er hat sehr wohl mitbekommen, dass der Willen bei vielen im Rat nicht gross ist, ja sogar ein gewisser Unwillen herrscht. Er hat dafür auch Verständnis, weil die Arbeit, welche hier geleistet wird, auch einigermaßen abgegolten werden muss. Der Stadtpräsidenten beantragt, die zwei Positionen ID 5 und 521 zu streichen. Selbst wenn man es schaffen würde, mit der Massnahme an die Gemeindeversammlung zu gehen, erachtet er es als relativ aussichtslos, dass man so eine Kürzung beim Personal durchbringen würde.

- 3.1.4.2 Clivia Wullimann kann sich dem anschliessen. Sie hat in der kantonalen Verwaltung ähnliche Sparmassnahmen erlebt. Zu was haben sie geführt? Sie hatten zur Folge, dass das Personal demotiviert war. Die Mitarbeitenden fragten sich damals, warum es gerade sie trifft, da sie ja eigentlich nichts dafür konnten, dass ein strukturelles Defizit bestand, sondern selbst Opfer waren. Sie hat das dort als kantonale Angestellte am eigenen Leib erlebt. Dass das Personal in Grenchen wegen der Finanzlage bestraft werden soll, sieht sie nicht. Das ist keine gute Lösung. Es hätte auch komische Konsequenzen: Man hätte z.B. bei den Schulen Schulhausabwarte, welche eine Lohnkürzung gewärtigen müssen, und Lehrer, welche dem kantonalen Recht unterstehen und kein Kürzung des Lohns hätten. Diese Lösung ist nicht durchdacht. Die SP ist ebenfalls gegen den Solidaritätsbeitrag des Personals resp. für die Streichung der ID 5, sie kann sich aber durchaus mit der Reduktion der Sitzungsgelder einverstanden erklären. Das würde ihr nicht so viel ausmachen.
- 3.1.4.3 François Scheidegger betont, dass es heute darum geht, einen Massnahmenkatalog zu verabschieden. Die Massnahmen werden dann in einem zweiten Schritt, sofern sie angenommen werden, genau durchdacht. Es ist legitim, dass alle möglichen Vorschläge auf den Tisch kommen. Wenn die Finanzverwaltung die Personalverbände nicht um Vorschläge gebeten bzw. angefragt hätte, ob sie einen Beitrag leisten würden hätte sie ihren Auftrag nicht erfüllt. Man hat letztlich auch eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler.
- 3.1.4.4 Urs Wirth unterstützt François Scheidegger, wenn es darum geht, ID 5 zu streichen, allerdings stellt er den Antrag, ID 521 drin zu lassen. Schliesslich muss auch der Gemeinderat ein Zeichen gegen aussen setzen und etwas geben, denn er ist mitverantwortlich für das strukturelle Defizit.
- 3.1.4.5 Gemeinderat Richard Aschberger erkundigt sich, was mit den Sitzungsgeldern der Kommissionen passiert. Entweder werden alle Sitzungsgelder überprüft oder man lässt es sein. Er macht hier schon ein gewisses Fragezeichen, denn der Gemeinderat hat mehr Kompetenzen als eine Kommission. Er findet eine Streichung nur beim Gemeinderat nicht durchdacht.
- 3.1.4.6 François Scheidegger findet es richtig, wenn alle Sitzungsgelder überprüft werden.

Der Antrag des Stadtpräsidenten auf Streichung von ID 5 wird mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

3.1.5 **ID 521 Reduktion Sitzungsgelder GR bis ausgegl. RE**

- 3.1.5.1 Richard Aschberger findet, dass nicht nur die Sitzungsgelder des Gemeinderates angeschaut, sondern sämtliche Sitzungsgelder überprüft werden sollen. Man muss prüfen, so Richard Aschberger, wen es alles betrifft (GR, GRK, Kommissionen etc.). Das ist eine Sache, die eine gewisse Zeit beanspruchen wird und die man im April 2017 mit dem Massnahmenplan II wieder bringen kann, sonst hat man eine zerfetzte Lösung.

- 3.1.5.2 Gemäss Clivia Wullimann sollte man auch die Verwaltungsräte miteinbeziehen.
Der Abänderungsantrag von Richard Aschberger (ID 521 Überprüfung sämtlicher Sitzungsgelder) wird einstimmig angenommen.
- 3.1.6 ID 6 Optimieren der Organisation + Prozesse
- 3.1.6.1 Laut David Baumgartner ist das eine Massnahme, welche die Organisation der ganzen Stadtverwaltung betrifft, d.h. alle Mitarbeitenden, welche in Pension gehen oder sonst einen natürlichen Austritt aus der Verwaltung haben. Hier erhalten die Verwaltungsleitenden den Auftrag, die internen Organisationen und Prozesse zu überprüfen, da ihnen bis auf weiteres nicht mehr das gleiche Budget für die entsprechende Funktion zur Verfügung steht (nur noch max. 50%). Sie müssen Vorschläge bringen, wie man das intern anders lösen kann, und der entsprechenden Behörde eine Vorlage unterbreiten. Wenn es wirklich nicht gehen sollte, muss dies genau aufgezeigt werden, und die Behörde muss in jedem Einzelfall entscheiden. Ziel ist, dass das Budget nicht ausgeschöpft bzw. max. bis zu 50% der bestehenden Lohnkosten freigegeben werden. Diese Massnahme greift sehr gut, wenn man sie konsequent umsetzt. Es muss aber im Einzelfall genau beurteilt werden, damit man nicht in eine falsche Richtung läuft.
- 3.1.6.2 François Scheidegger erklärt, dass man bei jeder Neubesetzung konsequent die gleiche Übung durchführen soll, wie man sie in der Baudirektion mit Effibau vollzogen hat.
- 3.1.6.3 Aldo Bigolin bezieht sich auf Beilage 1 „Definition von Kernaufgaben und Zentrumsfunktionen“, wo in der oberen Hälfte die Aufgaben aufgeführt sind, die gesetzliche Vorgaben und vertragliche Grundlagen haben sowie durch die Stadt beeinflussbar sind. Hier kann noch viel mehr optimiert bzw. die Verwaltung kann generell überprüft werden, nicht nur wenn Stellen wiederbesetzt oder aufgehoben werden.
- 3.1.6.4 François Scheidegger bestätigt, dass der mit brauner Farbe gekennzeichnete Bereich nicht sakrosankt ist. Es ist nicht zwingend, dass Grenchen einen Rechtsdienst oder ein Standortmarketing hat. Das hat die Behörde einmal so beschlossen. Es spricht nichts dagegen, Verwaltungsbereiche als Ganzes zu überprüfen (das ist in ID 6 mitgemeint).
- 3.1.6.5 Clivia Wullimann ist ebenfalls überzeugt, dass hier mehr zu holen ist und es noch Luft drin hat. Die SP wird in diesem Zusammenhang noch einen separaten neuen Antrag stellen (s. Ziff. 3.8.2 hiernach, **NEU Überprüfung der Abteilungen der Stadtverwaltung wie Projekt Effibau**).
Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.
- 3.1.7 **ID 517 Erhöhung Mahngebühren Stadtkasse/Steuern**
Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.
- 3.1.8 **ID 518 Einführung Löschgebühr Verlustscheine**
Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.
- 3.2. Öffentliche Sicherheit
- 3.2.1 **ID 522 Stadtpolizei minimal (20 Pol)**
Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.2.2 **ID 503 Regelmässiger Einsatz beim BAZL**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.2.3 **ID 506 Ausgeglichene RE 17/18 oder Integration in SoH**

3.2.3.1 Remo Bill beantragt, den Zusatz „oder Integration in SoH“ zu streichen. Er macht darauf aufmerksam, dass der Rettungsdienst, sollte er in die SoH integriert werden, für immer weg und ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt wäre.

3.2.3.2 Gemäss Urs Wirth sollte man das offen lassen. Man kann eine Integration in SoH immer noch prüfen. Dem Gemeinderat wurde gesagt, dass das Ziel ist, eine ausgeglichene Rechnung 17/18 zu erreichen. Man will nicht jetzt schon beschliessen, ob es anschliessend eine Ausgliederung in die SoH gibt.

3.2.3.3 François Scheidegger denkt auch, dass hier noch Potential vorhanden ist. Vielleicht kann man noch eine Gönnervereinigung gründen und zusätzliche Einnahmen generieren.

Der Abänderungsantrag von Remo Bill (ID 506 Ausgeglichene RE 17/18) wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3. Bildung

3.3.1 **ID 16 Überprüfung/Reduktion Angebot Musikschule**

3.3.1.1 Richard Aschberger begrüsst den Schritt, dass die Musikschule sauber durchleuchtet wird. Er hat einen guten Kontakt zu einem Kollegen, welcher bereits öffentliche Musikschulen geröntgt hat. Das Potential ist gross, dass man dort gewisse Sparmassnahmen - bis zu einer kompletten Privatisierung - durchsetzen kann.

3.3.1.2 Gemeinderätin Angela Kummer stört sich daran, dass im Text neben „Überprüfung“ noch „Reduktion“ steht und beantragt die Streichung des Wortes „Reduktion“. Die SP ist grundsätzlich gegen eine Reduktion, aber sie denkt auch, dass noch etwas Fleisch am Knochen ist. Es wäre nötig, dass die Musikschule auch einmal durchleuchtet wird. Vielleicht stellt sich dann heraus, dass man es generell anders strukturieren muss.

Der Abänderungsantrag von Angela Kummer (ID 16 Überprüfung Angebot Musikschule) wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.2 **ID 17 Tagesbetreuung-/Struktur**

3.3.2.1 Wenn eine Null hinter Massnahme steht, so David Baumgartner, bedeutet das, dass ein weiterer Ausbau der Struktur kostenneutral erfolgen soll und die Kosten im jährlichen Budget nicht erhöht werden dürfen.

3.3.2.2 Remo Bill Antrag beantragt, ID 17 zu streichen.

3.3.2.3 Richard Aschberger wiederholt seit zwei, drei Jahren, dass man die Elternbeiträge analysieren soll. Für ihn gehört dies ganz klar hinein. Hier setzt er seine Hoffnung auf den neuen Gesamtschulleiter Hubert Bläsi, dass dort endlich etwas geht und die Ansätze generell überprüft werden. Er ist gegen eine Streichung von ID 17.

3.3.2.4 Angela Kummer dachte, dass dies ohnehin gemacht wird. Sie wartet ebenfalls seit geraumer Zeit darauf. Es hiess seitens Schulverwaltung, dass eine Überprüfung der Elternbeiträge käme. Dann weiss man endlich die Kosten. Der SP geht es vor allem darum, dass der Standort Kastels entsprechend ausgebaut wird.

Wenn man eine Null hinter die Massnahme setzt, hat man nicht in jedem Primarschulhaus eine Tagesbetreuung.

- 3.3.2.5 Aldo Bigolin sieht die Lösung des Problems darin, dass die Null durch ein Fragezeichen ersetzt wird, dann wird es allgemein überprüft und dazu gehört ebenfalls die Erhöhung des Gebührentarifs.
- 3.3.2.6 Für Clivia Wullimann ist die Tagesstruktur auch ein Standortvorteil für Grenchen. Es ist ein wesentlicher Punkt, damit die Frauen erwerbstätig sein können. Deshalb sieht sie nicht ein, weshalb gewisse Schulhäuser eine Tagesstruktur haben sollen und andere nicht. Das ist eine Ungleichbehandlung der Schüler. Die Stadt bietet auch keinen Pendelbus an, welcher die Kinder ins Schulhaus Halden transportiert. Die SP wehrt sich nicht, dass eine Überprüfung erfolgen soll. Dort aber eine Null einzusetzen, lehnt die SP ab.
- 3.3.2.7 Die Massnahme, so François Scheidegger, wird wie vorgeschlagen drin gelassen, aber mit einem Fragezeichen versehen. Er kann das Argument der SP nachvollziehen, dass man das Angebot ebenfalls im Schulhaus Kastels haben möchte. Es gibt auch bürgerliche Parteien, welche sich das Thema „Tagestrukturen“ auf die Fahne geschrieben haben.

Der Abänderungsantrag von Angela Kummer wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.3 **ID 18 "3637.00" Beitrag 10. Schuljahr --> A. Girard**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.4 **ID 19 "3636.01" Beitrag Berufsmesse IB Live --> A. Girard**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.5 **ID 523 Reduktion - Angebot Schulsozialarbeit**

- 3.3.5.1 Laut David Baumgartner besteht die Massnahme darin, dass das Angebot reduziert sprich das Pensum herabgesetzt würde, so dass man Fr. 50'000.00 sparen könnte. Das wäre ein Prüfungsauftrag.

- 3.3.5.2 Remo Bill beantragt, ID 523 zu streichen.

- 3.3.5.3 Clivia Wullimann denkt, dass die Schulsozialarbeit eine wichtige Funktion hat. Kurt Boner, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, war und ist ein grosser Befürworter der Schulsozialarbeit, welche einen wertvollen Beitrag in den Schulhäusern leistet. Die Kinder haben Ansprechpartner, an die sie sich wenden können. Probleme werden niederschwellig gelöst. Die angegebenen Fr. 50'000.00 wären nur eine kurzfristige Einsparung. In Zukunft ist das kein Sparpotential. Man hat in Grenchen schwierige Verhältnisse. Sie bittet den Rat, den Punkt herauszunehmen und die Schulsozialarbeit nicht zu reduzieren resp. nicht zu überprüfen.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Remo Bill mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung.

3.3.6 **ID 22 Projekt Alte TH / Stadtbibliothek**

- 3.3.6.1 Gemäss David Baumgartner soll das Ziel sein, das Projekt „realisieren zu können, ohne die laufenden Betriebskosten zu erhöhen. Deshalb steht hinten eine Null.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.7 ID 29 Schulliegenschaften Verantwortung --> BD

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.3.8 ID 15 Schulgesundheitsdienst 50% reduzieren

3.3.8.1 Nach Auskunft von David Baumgartner handelt es sich auch um einen Prüfungsauftrag. Heute finanziert man sowohl die Basiskontrollen als auch noch zusätzliche Untersuchungen mit. Das ist eine Lösung, welche viele andere Gemeinden so nicht praktizieren. Viele Gemeinden und Städte finanzieren nur das Minimum mit, d.h. die sogenannten Kontrolluntersuchung/Prophylaxen. Alles, was darüber hinausgeht, z.B. Löcher in den Zähnen, muss verursachergerecht finanziert werden.

3.3.8.2 Remo Bill Antrag beantragt, ID 15 zu streichen,

3.3.8.3 Clivia Wullimann bittet den Rat, sich zu gewärtigen, wem hier was gestrichen wird: Bei einem Jahreseinkommen von Fr. 31'000.00 - was weiss Gott nicht viel ist - zahlt man an die Zahnkosten 50%, d.h. man streicht hier den Ärmsten den Beitrag an die Zahnarztkosten. Das ist für sie beschämend. Man kann es zwar prüfen, aber die SP wird in der nächsten Runde die Gelegenheit haben, es abzulehnen.

3.3.8.4 François Scheidegger findet den Ausdruck „beschämend“ etwas zu stark. Er nennt als konkretes Beispiel die Stadt Solothurn, welche das auch nicht hat. Man könnte auch sagen, dass die Leute eigentlich aufgefordert wären, etwas mehr Sorge zu ihren Zähnen zu tragen.

3.3.8.5 Aldo Bigolin denkt nicht, dass es Aufgabe der Stadt ist, die Leute zu erziehen.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Remo Bill mit 10 : 5 Stimmen.

3.4. Kultur + Freizeit

Gemeinderätin Angela Kummer, begibt sich Leiterin Kultur-Historisches Museum bei Ziff. 3.4.19 in den Ausstand.

3.4.1 ID 31 Beitrag KHM um 10% reduzieren

3.4.1.1 Gemeinderätin Nicole Hirt hat in den Unterlagen keine Jahresrechnungen des KHM gefunden und sie deshalb verlangt. Sie hat gesehen, dass das Ergebnis 2015 negativ war, nichtsdestotrotz weist die Stiftung ein Eigenkapital von Fr. 135'000.00 aus. Das dünkt sie für ein Museum ein recht stattlicher Betrag. Wenn man bedenkt, dass das Museum von der Stadt Grenchen Fr. 70'000.00 erhält, ist die Massnahmen „Kürzung um Fr. 10'000.00“ nicht ausreichend genug. Sie stellt den Antrag, dass man den Beitrag KHM insgesamt um Fr. 30'000.00 (Fr. 10'000.00 + 20'000.00) reduziert.

3.4.1.2 Die SVP, so Richard Aschberger, schliesst sich dem Antrag von Nicole Hirt an. Ihm ist auch aufgefallen, dass keine Jahresrechnung den Unterlagen beigelegt wurde. Er hat dies mit Yves Schleiniger, Finanzverwaltung, besprochen. Ab nächstem Jahr soll für das KHM und andere Institutionen gelten, dass diese wichtigen Dokumente bei den Budgetverhandlungen vorliegen. Wenn eine Institution mehrere zehntausend Franken Steuergelder erhält, ist sie zu Transparenz verpflichtet. Die Erfolgsrechnung und das Budget des KHM waren auch nicht im Internet aufgeschaltet. Er hat sich diese Dokumente über den „Latrineweg“ besorgt. Bei der Durchsicht der Bilanz hat er festgestellt, dass in den letzten zwei Jahren die Schild-Comtesse-Stiftung saldiert wurde, welche über Fr. 13'000.00 ins Kapital gespült hat, und Lotteriefonds-Reserven aufgelöst wurden, welche sich auf weitere Fr. 20'000.00 beliefen.

Das sind über Fr. 30'000.00. Ihm nicht ganz schlüssig, weshalb das Kapital einer Museumsstiftung auf Fr. 135'000.00 erhöht wird, wohingegen andere Institutionen schauen müssen, das sie Geld haben, um überhaupt ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Solange beim KHM das Kapital vorhanden ist und Reserven angezapft werden können, sollte man diese auch brauchen.

- 3.4.1.3 Urs Wirth findet eine Erhöhung der Kürzung von Fr. 10'000.00 auf Fr. 30'000.00, ohne zu wissen, warum das Faktum so ist und was die Strategie des KHM beinhaltet, unseriös. Er bittet Angela Kummer, als Fachreferentin dazu Stellung zu nehmen.
- 3.4.1.4 Angela Kummer, Leiterin Kultur-Historisches Museum, erklärt, dass die Äufnung des Kapitals die Strategie der Stiftung Museum Grenchen ist, damit man ein wenig unabhängiger von den Beiträgen Dritter (Stadt, Lotteriefonds, Sponsoren) wäre, die immer schwieriger zu erhalten sind, damit man bei Kürzungen von Drittmitteln nicht gleich das komplette Programm einstellen oder geplante Ausstellung abbrechen müsste. Man möchte in diesem Sinne schon ein gewisses Polster. Man darf aber nie vergessen, wie viel ehrenamtliche Arbeit hier geleistet wird und wie gross der Aufwand ist.
- 3.4.1.5 Ivo von Büren hält aufgrund der Ausführungen von Angela Kummer den Moment für gekommen, die Reserven der Stiftung anzuzapfen. Die Stadt hat ein Defizit und die Stiftung hat ein Kapital von Fr. 135'000.00. Er gratuliert der Stiftung, welche nach dem Motto „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“ auf den richtigen Zeitpunkt gespart hat.
- 3.4.1.6 Angela Kummer erklärt, dass eine Stiftung immer Kapital haben muss, sonst ist sie gar nicht überlebensfähig. Man hat damals beim KHM und beim Kunsthaus bewusst eine Stiftung gegründet, damit es keine städtische Institution, d.h. keine Verwaltungsabteilung ist, man flexibler agieren kann, es günstiger für die Stadt kommt und man besser Sponsorenbeiträge erhalten kann. Das Polster, das angezapft werden soll, ist sehr klein. Sie bittet zu bedenken, dass man hier von einer Visitenkarte für die Stadt spricht. Sie fragt sich wirklich, ob man dann noch viel anbieten kann und was die Stadt überhaupt noch ausmacht, wenn man jetzt bei den Kulturbetrieben und x anderen Sachen so den Sparhebel ansetzt.
- 3.4.1.7 Andere Organisationen wie z.B. der Judo-Club etc., so Ivo von Büren, tragen auch viel zum Angebot der Stadt bei. Er denkt nicht, dass diese Fr. 135'000.00 auf der hohen Kante haben.
- 3.4.1.8 François Scheidegger findet es schwierig, wenn das eine gegen das andere ausspielt wird.
- 3.4.1.9 Clivia Wullimann erkundigt sich bei Angela Kummer, was es bedeuten würde, wenn das KHM Fr. 30'000.00 weniger erhalten würde. Was würde das konkret für die Arbeit des Museums bedeuten?
- 3.4.1.10 Nach Ansicht von Angela Kummer würde dies ganz klar bedeuten, dass man krasse Massnahmen ergreifen müsste, weil man dies sicher nicht durch Drittmittel auffangen könnte. Das hätte eine Reduktion des Angebots zur Folge (weniger Ausstellungen, weniger Veranstaltungen, weniger Vermittlungstätigkeiten für die Schulklassen von Grenchen). Man wäre generell weniger attraktiv und müsste sich fragen, ob es überhaupt noch wert wäre, einen Betrieb so zu führen.
- 3.4.1.11 Aldo Bigolin will wissen, ob es beim KHM ein Minimum an Stiftungskapital gibt, das vorhanden sein muss, damit es als Stiftung gilt.

Bei der Stiftung „Stiftung Stadtmusik Grenchen“ sind es min. Fr. 50'000.00, welche im Stiftungskapital sein müssen. Gesetzt den Fall, dass Fr. 65'000.00 drin sind, kann Antrag gestellt werden, dass beispielsweise Fr. 5'000.00 zweckgebunden bezogen werden können.

- 3.4.1.12 Angela Kummer geht in Fall des KHM von Fr. 100'000.00 aus. Es gibt ja verschiedene Stiftungsmöglichkeiten. Ziel ist auch, dass man vom Stiftungskapital einen gewissen Zinsertrag generieren könnte. Man muss wissen, dass andere Stiftung oder Museumsstiftungen mehr Geld haben. Das KHM hat eine Sammlung, die betreut, restauriert und entsprechend unterhalten werden muss. Es ist wichtig, dass man dazu Sorge trägt und dies frisst letztlich auch Geld.
- 3.4.1.13 Urs Wirth erinnert daran, dass man seinerzeit ja zur Schaffung des KHM und später auch zum Umbau des Rainschulhauses an der Absyten gesagt hat. Wenn man dies nicht mehr will, muss man dazu stehen und es auch offen und klar sagen. Einfach eine Institution ausbluten zu lassen, geht einfach nicht. Es gibt andere Posten, wo man sparen kann: Man baut z.B. für sehr viel Geld einen lärmdämmenden Belag in die Kirchstrasse ein, aber beim KHM will man Fr. 10'000.00 oder Fr. 20'000.00 kürzen - so etwas ist wirklich penibel.
- 3.4.1.14 Marco Crivelli erwidert, dass man die Wirkung von kleinen Beträgen nicht unterschätzen darf, denn auch viele kleine Beträge ergeben am Schluss etwas Grosses. Im Workshop vom 7. September 2016 hat man zuerst von höheren Sparbeiträgen gesprochen. Auf Bitten von Angela Kummer einigte man sich, dass die Reduktion auf Fr. 10'000 oder 10% festsetzt wird und dies tragbar und verkraftbar sei. Er beantragt, dass die 10% drin gelassen werden. Er ist erstaunt darüber, dass jetzt plötzlich gesagt wird, dass es nicht gehen sollte.
- 3.4.1.15 Angela Kummer präzisiert ihre Aussage im Workshop: Sie hat gesagt, dass, wenn man Einsparungen beschliessen sollte, es irgendwie gehen müsse und man versuchen werde, es irgendwie aufzufangen. Bei einer Kürzung von Fr. 10'000.00 muss das KHM nicht gleich schliessen. Man würde schauen, dass es irgendwie tragbar ist. Bei grösseren Kürzungen kann man es total vergessen. Langfristig gesehen hat das KHM sehr viel Nachholbedarf an Restaurierungen, am Erhalt der Kulturgüter, welche das historische Vermächtnis von Grenchen sind. Das muss man sehen, deshalb wird langfristig geplant.
- 3.4.1.16 François Scheidegger hat ebenfalls in Erinnerung, dass Angela Kummer gesagt hat, dass eine Kürzung von 10% tragbar wäre und sie damit leben könnte. Es ist eine Tatsache, dass hier ein gewisses Kapital vorhanden ist. Es ist nicht so, dass die Stiftung nachher gleich ins Wanken gerät. Seines Erachtens gibt es halt auch noch eine gewisse Opfersymmetrie. Es ist alles wichtig, was man in Grenchen hat, sonst hätte man irgendeinmal etwas falsch gemacht.
- 3.4.1.17 Ivo von Büren bezieht sich auf das Votum von Marco Crivelli. Er hätte im Workshop nie ja zu den Fr. 10'000.00 gesagt, wenn er gewusst hätte, dass noch Fr. 135'000.00 an Stiftungskapital vorhanden sind. Er fällt hier aus allen Wolken.
- 3.4.1.18 Clivia Wullimann macht darauf aufmerksam, dass Kultur ein wichtiger Punkt in der Stadt Grenchen ist. Es gab grosse Presse für verschiedene Anlässe des KHM (sie denkt dabei an die Ausstellung *Tripoli*, die schweizweit Aufmerksamkeit erzielte). Man sollte sein Licht nicht unter den Scheffel stellen: das ist eine Riesenleistung, welche hier von einer kleinen Stadt vollbracht wurde. Es ist penibel, wenn man beim KHM um Fr. 10'000.00 kürzt. Es gibt andere Posten, wo man mehr Geld sparen kann.

Sie bittet, ID 31 zu streichen und die Fr. 10'000.00 im Budget zu lassen. Sie möchte, dass man ihr nach der Sitzung die neuste Fassung der Beilage 2 zustellt. Diese braucht die SP dann für die Gemeindeversammlung.

- 3.4.1.19 *Der Antrag der GRK (Kürzung um Fr. 10'000.00) obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Clivia Wullimann mit 10 : 4 Stimmen.*

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Antrag von Nicole Hirt, unterstützt von Richard Aschberger, (Kürzung um Fr. 30'000.00) mit 7 : 5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

3.4.2 **ID 32 Beitrag Kunsthaus um 10% reduzieren**

- 3.4.2.1 Remo Bill beantragt, ID 32 zu streichen. Das Kunsthaus ist eine Visitenkarte für die Stadt Grenchen und nicht vergleichbar mit dem Judo-Club. Es leistet sehr gute Arbeit, hat ein schweizweites Einzugsgebiet (die Besucher kommen von Bern, Zürich, Genf etc.). Man darf die Institution nicht schwächen.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Remo Bill mit 10 : 5 Stimmen.

3.4.3 **ID 60 Kunsthaus - Streichung Ankäufe**

- 3.4.3.1 Gemäss François Scheidegger wurden in der Vergangenheit jeweils Fr. 15'000.00 für Ankäufe budgetiert. In Triennale-Jahren erhöhte man den Betrag um Fr. 10'000.00 auf Fr. 25'000.00.

- 3.4.3.2 Remo Bill beantragt, ID 60 zu streichen. Ankäufe sind für ein Museum überlebenswichtig.

- 3.4.3.3 François Scheidegger weiss, dass das Kunsthaus in letzter Zeit umfangreiche Schenkungen erhalten hat. Es soll diese zuerst „verdauen“, bevor es neue Ankäufe tätigt.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Remo Bill mit 10 : 5 Stimmen.

3.4.4 **ID 33 Beiträge Parktheater reduzieren - Neue Strategie**

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.4.5 **ID 34 Bundesfeier reduzieren auf offiziellen Teil**

- 3.4.5.1 Wie David Baumgartner ausführt, werden Fr. 15'000.00 gestrichen und Fr. 5'000.00 im Budget belassen.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.4.6 **ID 65 Erhöhung Tarife Schwimmbad**

- 3.4.6.1 Clivia Wullimann will wissen, worum es geht und für wen die Tarife erhöht werden (Auswärtige, Einheimische).

- 3.4.6.2 Heiner Roos, Leiterin Baudirektion a.i., führt aus, dass eine GR-Vorlage in Vorbereitung ist. Es wird eine moderate Tarifierhöhung für Einheimische und Auswärtige beantragt. Die Saisonabonnemente werden vor Saisonbeginn nicht mehr um Fr. 10.00 günstiger verkauft.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.4.7 **ID 59 Beitrag an offene Jugendarbeit kürzen**

- 3.4.7.1 François Scheidegger verweist darauf, dass die Leitung Lindenhaus gekündigt hat.
- 3.4.7.2 Nach Auskunft von David Baumgartner gab es vor zwei Jahren eine Erhöhung des Kostenbeitrags für Stellenerhöhung um Fr. 25'000.00 (GRB 2871/28.10.2014). Der Prüfungsauftrag soll das analysieren und einen Vorschlag unterbreiten, ob man den gegenwärtigen Beitrag so beibehalten oder ihn wieder auf den früheren Stand reduzieren soll.
- 3.4.7.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, Co-Präsident ISG/Lindenhaus, erklärt, dass sich das Lindenhaus dieser Prüfung stellen und schauen wird, was man machen kann. Selbstverständlich versucht auch das Lindenhaus, Geld zu sparen.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.5. Soziales

3.5.1 **ID 62 Kostendeckende Tarife Frühkindliche Förderung**

- 3.5.1.1 David Baumgartner erläutert, dass dies ein Prüfungsauftrag ist. Hier will man schauen, wie hoch die Elternbeiträge sind und ob man sie erhöhen kann, so dass es für die Eltern noch tragbar ist. Der Tarif ist heute Fr. 200.00 pro Jahr.
- 3.5.1.2 Remo Bill beantragt, ID 32 zu streichen.
- 3.5.1.3 Clivia Wullimann bezieht sich auf einen Artikel über die Frühe Förderung („*Alle Kinder sollen ihr Potenzial entfalten können*“), welcher am 20. Oktober 2016 in der Handlungszeitung erschienen ist. Darin setzt sich der Präsident von Sprüngli, Milan Prenosil, ein bekannter Fürsprecher der Wirtschaft, für die Frühe Förderung ein. Seines Erachtens ist die Frühe Förderung in der Schweiz eine Schwachstelle und sollte mehr gefördert werden. Die Handelszeitung steht nicht im Verdacht, eine linke Zeitung zu sein.
- 3.5.1.4 Marco Crivelli darf behaupten, dass die CVP immer für die Frühe Förderung eingestanden ist und dies auch weiterhin tun wird. Es geht hier um einen Prüfungsauftrag. In der heutigen Zeit ist eine Prüfung von Institutionen durchaus gerechtfertigt. Das heisst noch lange nicht, dass man etwas abschafft oder reduziert.
- 3.5.1.5 Kurt Boner begrüsst den Prüfungsauftrag, da solche Angebote auch von Leuten benutzt werden, die über die Sozialhilfe finanziert werden. Man muss zurecht dort kostendeckende Tarife verlangen, wo Sozialhilfe drin ist, damit ein Teil der Kosten der Solidarität der Gemeinden unterworfen ist. Wenn es die Stadt fortwährend selbst zahlt, ist sie stärker belastet. Das ist etwas, das es in Zukunft bei der Festlegung von Tarifen mehr zu beachten gilt.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Remo Bill mit 10 : 5 Stimmen.

3.5.2 **ID 502 Standplatz Fahrende - Tarife erhöhen**

- 3.5.2.1 Laut David Baumgartner muss hier noch das Reglement angepasst werden.
- 3.5.2.2 François Scheidegger meint, dass man hier nicht zu hoch gehen darf, schliesslich will man die Leute wirklich dort haben.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.5.3 ID 510 Externe Überprüfung Organisation SDOL

- 3.5.3.1 Die Überprüfung, so François Scheidegger, ist bereits am Laufen. Hier wartet man die Ergebnisse ab. Was das finanziell dann bringt, kann man nicht sagen. Er warnt vor falschen Hoffnungen.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.6. Bau / Umwelt + Verkehr

3.6.1 ID 45 SF Parkplätze aufheben, Einlage entfällt

- 3.6.1.1 David Baumgartner erklärt, dass die Spezialfinanzierung (SF) Parkplätze einen Fondsbestand von über 1 Mio. Franken aufweist. Bisher wurde dieser Parkplatzfonds alle Jahr mit ziemlich viel Geld geöffnet. Nach dem Reglement können dem Fonds Gelder für den Bau von Parkplätzen oder den öffentlichen Verkehr entnommen werden. Der Prüfungsauftrag wäre, die SF Parkplätze aufzuheben, da sie keine kantonal geforderte Spezialfinanzierung wie Abwasser- oder Abfallentsorgung ist. Die Stadt Olten z.B. hat die SF Parkplätze auch aufgehoben. In einer späteren Phase müsste man dann diskutieren, wie man den Fonds zweckgebunden einsetzen kann und will.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.6.2 ID 500 Anpassung Parkgebühren

- 3.6.2.1 Laut David Baumgartner geht es hier um Parkgebühren für bestehende Parkplätze mit Parkuhren.
- 3.6.2.2 Heiner Roos führt aus, dass die Bewirtschaftung der Parkplätze beim Schwimmbad oder Velodrome in dieser Massnahme nicht enthalten ist. Dieser Prüfungsauftrag läuft über das Projekt Effibau.

Der Antrag der GRK wird stillschweigend gutgeheissen.

3.6.3 ID 524 Überprüfung Repla

- 3.6.3.1 Hier soll überprüft werden, so David Baumgartner, ob der Beitrag an die Repla weiterhin so ausgerichtet wird oder reduziert werden soll.
- 3.6.3.2 François Scheidegger meint, dass man das sicher mit den andere Repla-Gemeinden zusammen angehen muss. Es ist eine Umfrage seitens Repla geplant.
- 3.6.3.3 Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, Präsident Repla Grenchen-Büren, stellt in Aussicht, dass sich der Gemeinderat zur Funktion der Repla im nächsten Halbjahr äussern können. Dann kann man bestimmen, was die Repla machen soll. Was nicht geht, ist für Grenchen einen anderen Beitrag festzulegen als für die umliegenden Gemeinden.

Die Repla ist mit Fr. 3.00 (pro Einwohner) viel billiger als die Nachbarorganisationen. Vielleicht kann man einmalig für ein Jahr einen kleinen Mitgliederbeitrag erheben. Das muss er aber mit den anderen Gemeinden noch diskutieren. Die Repla hat bei einem Budget von Fr. 250'000.00 bis Fr. 400'000.00 – je nachdem, was für Projekte laufen – Reserven von ca. Fr. 100'000.00. Das entspricht den Beiträgen der Gemeinden in einem Jahr.

- 3.6.3.4 François Scheidegger verweist darauf, dass man das nicht einfach so beschliessen kann. Hier ist die Stadt Grenchen auch noch in der Pflicht. Zuerst gilt es, die Sache zu prüfen.

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

3.6.4 ID 53 Streichen - Beitrag so!mobil

- 3.6.4.1 Nicole Hirt, glp, beantragt, ID 53 zu streichen.
- 3.6.4.2 Remo Bill schliesst sich dem Antrag an. Es ist ein Widerspruch zum Bekenntnis der Energiestadt Grenchen.
- 3.6.4.3 François Scheidegger hat sich mit Jeanine Riesen, Programmleiterin so!mobil, in Verbindung gesetzt und sie gebeten, aufzuzeigen, ob es nicht noch Möglichkeiten gäbe, etwas einzusparen. Er verweist auf den Kostenvoranschlag 2017 für Stadt Grenchen von so!mobil vom 18.10.2016, welcher aufliegt. Es ist wichtig, zu wissen, was das Ganze beinhaltet. Das ist ein ganzes Paket. Man könnte den Beitrag 2017 mindestens auf Fr. 13'000.00 senken.
- 3.6.4.4 Nicole Hirt hat auch Kontakt mit Frau Riesen aufgenommen, welche ihr zum Fall Grenchen Folgendes geschrieben hat: *„Gerade dieses Jahr ist die Zusammenarbeit mit den Schulen richtig aufgeblüht, z.B. haben alle Schulen eine Flyer-Aktion Eltern-taxi gemacht und das ganze Schulhaus Eichholz führte eine eigene Aktion „walk to school“ durch, unterstützt durch so!mobil. Wir wollten dies dann in den folgenden Jahren auch im Halden und Kastels machen. Herr Scheidegger war begeistert von der guten Zusammenarbeit und von den von so!mobil geleisteten Aktivitäten. Er hatte gar im 2017 eine Schulwegerhebung - Befragung von Eltern und Schülern zusammen mit so!mobil - ins Auge gefasst. Ich befürchte sehr, dass die Aktivitäten wieder zum Erliegen kommen, wenn sich niemand aktiv darum kümmert und die Aktivitäten koordiniert.“*
- 3.6.4.5 François Scheidegger kann die Aussage von Frau Riesen bestätigen. Das war eine gute Aktion, die er initiiert hat und bei der auch die Stadtpolizei mitgeholfen hat, aber jetzt muss man sich halt nach der Decke strecken.

Der Antrag der GRK obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag von Nicole Hirt, unterstützt von Remo Bill, mit 7 : 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

Rückkommensantrag

- 3.6.4.6 Nicole Hirt weist darauf hin, dass am 2. November 2016 in Balsthal die Re-Zertifizierungsfeier der Solothurner Energiestädte stattfindet. Man geht jetzt an die Feier im Wissen, dass man den so!mobil-Beitrag gestrichen hat. Sie muss sich fast ein wenig schämen, wenn sie sich als Grenchner Kantonsrätin dort anmeldet. Sie weiss nicht, wie das dann für den Grenchner Stadtpräsidenten sein wird, wenn er dort anwesend sein und auf dem Podium sitzen wird. Ihr würde dies persönlich Schwierigkeiten bereiten. Man sollte den Beitrag nicht komplett streichen. Frau Riesen von so!mobil hat im Kostenvoranschlag ca. Fr. 13'000.00 aufgeführt. Nach ihrer Ansicht verhält man sich hier parasitär: Man macht zwar irgendwo mit, aber den Beitrag will man nicht mehr bezahlen. Sie findet das nicht ganz in Ordnung und stellt einen Rückkommensantrag.
- 3.6.4.7 François Scheidegger macht beliebt, anstatt Fr. 15'000.00 zu streichen neu wieder Fr. 13'000.00 ins Budget aufzunehmen.
- 3.6.4.8 Nach Ansicht von Nicole Hirt könnte man auch nur Fr. 10'000.00 budgetieren.
- 3.6.4.9 Konrad Schleiss hat nichts gegen so!mobil. Für ihn hat aber so!mobil mit dem Energielabel inhaltlich nicht so viel zu tun. Man hat ein Energielabel vor allem im Energiebereich, im Gebäudebereich. Man hat sich darum bemüht ist, dies zu behalten.

Das Label wurde etwas in den Mobilitätsbereich erweitert. Die Stadt Grenchen hat viele Aufgaben im Mobilitätsbereich, die sie angehen sollte; diese kann sie aber nicht durch den Verein Region Thal machen lassen. Man muss hier selbst aktiv werden. Das Geld, das man diesem Verein gibt, hilft bei den Grenchner Problemen nicht wirklich weiter. Ihm wäre es lieber, wenn man in Grenchen die Verkehrsplanung etwas ernster nehmen und schauen würde, wie die Velos etc. fahren sollen. Dann hätte man das Geld hier. so!mobil ist vor allem eine PR-Aktion.

- 3.6.4.10 Laut Nicole Hirt ist es nicht so, dass so!mobil für Grenchen nichts macht. Wenn man die Leistungen selbst stemmen müsste, käme das einiges teurer.
- 3.6.4.11 Nach Ansicht von François Scheidegger war z.B. die Aktion von so!mobil in den Schulen eine gute Sache. Es kommt auch etwas zurück. Es ist nicht so, dass man nur zahlt, man kann auch von gewissen Leistungen profitieren. Das Ganze ist auch sehr professionell gemacht.
- 3.6.4.12 Angela Kummer unterstützt den Rückkommensantrag und macht beliebt, dass man den Beitrag etwas reduziert, z.B. auf Fr. 13'000.00. Konrad Schleiss hat vorhin erwähnt, dass Aufgaben vorhanden sind, die es anzupacken gilt. Sie fragt sich, wer es sonst machen soll. Wenn man nicht eine Trägerschaft damit beauftragen und sie dafür bezahlen kann, geht das nachher unter. Sie ist sicher, dass es dann niemand macht. Ihr ist es sehr wichtig, dass man diese Themen angeht, besser ist es noch, wenn es von einer Fachstelle koordiniert wird.
- 3.6.4.13 Nicole Hirt stellt den Antrag, den Betrag auf Fr. 10'000.00 zu limitieren (Kürzung um Fr. 5'000.00).
- 3.6.4.14 Laut Stadtschreiberin Luzia Meister sieht man im Kostenvoranschlag, dass Fr. 400.00 für Neuzuzügerset aufgeführt sind. Diese Sets werden im Rahmen des Wohnortmarketings jedem Neuzuzüger in Grenchen abgegeben. Wenn man den so!mobil-Beitrag ganz streicht, muss die Stadt diese Unterlagen dann separat bei so!mobil kaufen. Was jetzt mit Fr. 400.00 beziffert ist, kostet nachher offenbar ca. Fr. 3'000.00. Das SMKS muss etwas in die Neuzuzügermappe zum Thema Verkehr, ÖV etc. legen können.

Der Rückkommensantrag von Nicole Hirt (Kürzung um Fr. 5'000 auf Fr. 10'000.00) obsiegt gegenüber dem Antrag der GRK (Streichung Beitrag von Fr. 15'000.00) mit 10 : 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen.

3.7. Finanzen

3.7.1 **ID 501 Erhöhung Hundesteuer**

Bemerkung: Behandlung des Antrags im Rahmen des vorherigen Traktandums 4 „Hundesteuer: Delegation der Kompetenz für die Festsetzung; Hundesteuer ab 01.01.2017“ (GRB 2153/25.10.2016).

3.7.2 **ID 55 Erhöhung Abgabe von SWG an Stadt**

- 3.7.2.1 François Scheidegger orientiert, dass dieser Antrag bereits in den Verwaltungsrat SWG eingebracht wurde und man wieder davon hören wird.

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

3.7.3 **ID 63 Erhöhung bestehende Dividende GAG**

3.7.3.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann, welcher gewählter Vertreter der Stadt Grenchen im Verwaltungsrat der GAG AG ist, ist involviert und weiss, worum es geht. Er ist froh, dass es in diese Richtung und nicht in eine andere geht, wie er auch schon gehört hat. Er sieht keine Probleme und kann bereits vorab sagen, dass die GAG in der Lage ist, dies zu tun.

3.7.3.2 François Scheidegger führt an, dass die GAG AG steuerpflichtig ist. Es ist daher logisch, dass sie den Gewinn möglichst tief halten will. Wenn Grenchen als grösste Aktionärs-gemeinde (63%) damit kommt, profitieren andere Gemeinden auch.

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

3.8. Weitere Massnahmen

3.8.1 **NEU Hundesteuer-Administration von Polizei zu Stadtkasse**

Der Antrag von Nicole Hirt wird stillschweigend gutgeheissen.

3.8.2 **NEU Überprüfung der Abteilungen der Stadtverwaltung (wie Projekt Effibau)**

3.8.2.1 Laut Remo Bill verfolgt auch die SP das Ziel, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Einnahmen und Ausgaben sollten im Gleichgewicht sein. Deshalb schlägt sie gewisse Überprüfungsmassnahmen vor. Eine davon ist die Überprüfung der ganzen Stadtverwaltung, d.h. eine Überprüfung der Abteilungen des Stadthauses (Stadtpräsidium, KZL/SMKS/EK, FV/AIS/STAKA, PA), der Schulverwaltung, der Stapo mit ARD und der Sicherheitsdienste (FW, ZSO) analog Projekt Effibau.

3.8.2.2 François Scheidegger befürwortet den Antrag und ergänzt, dass bei den Sicherheitsdiensten schon etwas im kleinen Rahmen gemacht wurde. Alle Abteilungen sollen das gleiche Prozedere durchlaufen wie die Baudirektion und die Sozialen Dienste Oberer Leberberg.

3.8.2.3 Renato Müller erkundigt sich, ob dieser Punkt nicht in Massnahme ID 6 enthalten ist.

3.8.2.4 François Scheidegger erklärt, dass das nicht genau das Gleiche ist. In ID 6 lautet der Auftrag, bei natürlichen Abgängen jedes Mal zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, es organisatorisch anders zu lösen. Beim Antrag von Remo Bill geht es um eine Überprüfung über die ganze Organisation, nicht stellenbezogen.

Der Antrag von Remo Bill wird stillschweigend gutgeheissen.

3.8.3 **NEU Überprüfung der Kommissionen der Stadt Grenchen für die neue Legislatur ab 2017 hinsichtlich Aufgaben, Qualität, Effizienz, Sitzungsgeld**

3.8.3.1 Laut Remo Bill gibt es gewisse städtische Kommissionen, die äusserst schwach besetzt sind, in denen sich auch die SP andere Personen wünscht und wo man ein Pflichtenheft erstellen müsste. Man hat auch zusehends Probleme, Leute zu finden, welche bereit sind, Kommissionsarbeit zu leisten.

3.8.3.2 Richard Aschberger schliesst sich dem Antrag an. Ihm ist auch aufgefallen, dass gewisse Kommissionen praktisch inaktiv sind. Gewisse sind speziell zusammengesetzt und bei anderen stellt sich die Frage, ob sie in den nächsten Jahren noch weiter existieren sollen, weil die Stadt gewisse Aufgaben übernimmt (z.B. die JUKO, welche immer weniger Aufgaben hat, das beispielsweise die Jungbürgerfeier jetzt stadintern durch Mike Brotschi, SMKS, organisiert wird).

Er fragt sich deshalb schon, ob es sich noch lohnt, solche Aufwendungen für eine Kommission zu betreiben, wenn das Verteilen von Geldern fast automatisiert in einem festgelegten Rahmen erfolgen kann. Dazu braucht es seines Erachtens keine Kommission mehr.

- 3.8.3.3 François Scheidegger bestätigt, dass es eines gewissen Aufwands bedarf, um Kommissionen am Leben zu erhalten. Das sind nicht nur Sitzungsgelder, sondern auch Administrationsarbeiten.

Der Antrag von Remo Bill wird stillschweigend gutgeheissen.

3.8.4 **NEU Reduktion Nr. 6150 Gemeindestrassen um 10%**

- 3.8.4.1 Remo Bill hat das Budget 2017 in der Fraktionssitzung genau angeschaut und gesehen, dass die Rubrik 6150 Gemeindestrassen (s. S. 56 Budgetbuch) ein relativ grosser Betrag ist (3 Mio. Franken). Er beantragt deshalb, zu überprüfen, ob man 10% einsparen kann (das wären immerhin ca. 200'000.00 bis Fr. 300'000.00).

- 3.8.4.2 Heinz Rüegger, Chef Tiefbau, zeigt sich über den Antrag erstaunt, weil es Remo Bill war, der im 2014 die Interpellation «*BMX - Pisten» auf Grenchens Strassen? Der Unterhalt gewisser Strassen in der Stadt Grenchen lässt zu wünschen übrig*“ eingereicht hat. Die Baudirektion hatte in ihrer damaligen Antwort ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Unterhaltskredit für Gemeindestrassen zu knapp sei und man massiv von der Substanz lebe. Im Budget 2017 wurde der Unterhaltskredit wiederum auf Fr. 300'000.00 gekürzt.

- 3.8.4.3 Remo Bill bezieht sich auf Finanzsituation der Stadt. Es geht ihm darum, dass man versucht, Prioritäten zu setzen. Die Däderizstrasse war schon x-fach in der Zeitung. Dort wäre einmal Handlungsbedarf. Man sollte nicht alles gleichzeitig anfangen, sondern eine Prioritätenliste erstellen (was macht man bis wann?). Es ist nur ein Prüfungsauftrag, um zu schauen, ob man etwas herausholen kann.

- 3.8.4.4 Heinz Rüegger erwidert, dass die Däderizstrasse eine Baustelle der SWG ist. Die Baudirektion wird im nachfolgenden Traktandum „*Budget 2017: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe*“ den Antrag stellen, neu einen Kredit von Fr. 110'000.00 in der IR, *Westliche Däderizstrasse, Sanierung, IR-Konto 6150.5010.00*, aufzunehmen (s. GRB 2155/25.10.2016, Ziff.3.2. 1).

Vor 20, 30 Jahren war der Unterhaltskredit noch bei Fr. 400'000.00, dazwischen wurde er reduziert. 2008 wurde der Antrag gestellt, den Kredit auf Fr. 490'000.00 zu erhöhen Die Baudirektion ist ganz klar Auffassung, dass die jährlichen Fr. 300'000.00 für den ordentlichen Unterhalt der Gemeindestrassen nicht ausreichen. Er verweist darauf, dass der Unterhaltskredit in der Erfolgsrechnung letztes Jahr zwar auf Fr. 325'000.00 gekürzt wurde, aber im Gegenzug in der IR ein zusätzliches Objekt generiert wurde.

- 3.8.4.5 Ivo von Büren macht beliebt, den Antrag auf eine Reduktion von 10% abzulehnen. Die Zitrone ist aufgepresst. Er ist auch für Sparen, aber alles hat irgendwo seine Grenzen. Man hat im Strassenwesen im Budget 2017 schon relativ viel gestrichen. Heinz Rüegger hat erwähnt, dass die Baudirektion jetzt schon sehr knapp an Geld ist. Nach Ansicht von Ivo von Büren ist dort jetzt überhaupt nichts mehr zu holen. Wenn man dort weiter spart, riskiert man Schäden.

- 3.8.4.6 Laut François Scheidegger sind in den 3 Mio. Franken auch die Löhne enthalten. Er ist überzeugt, dass der Auftrag mit relativ geringem Aufwand geprüft werden kann.

- 3.8.4.7 Nach Meinung von Aldo Bigolin widerspricht sich Remo Bill, wenn er sagt, dass er keinen Frankenbetrag nennt. 10% ist ein klarer Frankenbetrag, und zwar Fr. 300'000.00. Das ist reine Willkür, es basiert nicht auf einer Grundlage. Letztlich läuft es auf einen aufgestauten Unterhalt hinaus, welcher zeitlich nach hinten verschoben wird (auf die nächsten 2 oder 3 Jahre). Wenn man sieht, was alles noch bevorsteht und welche Investitionen noch getätigt werden müssen (z.B. mindestens 10 Mio. Franken für die Schulraumplanung), dann wird dies die IR noch mehr belasten. Es ist deshalb richtig, wenn man jetzt investiert. Er schliesst sich damit Alexander Kaufmann an, welcher im Grenchner Tagblatt in seiner Kolumne unter der Rubrik „Granges politiques“ geschrieben hat, dass man sich in Krisenzeiten antizyklisch verhalten und trotz schlechter Finanzergebnisse in Infrastrukturen investieren sollte.
- 3.8.4.8 Laut Konrad Schleiss ist für 2017 eine Strassenunterhaltsanalyse geplant (der Kredit ist im Budget 2017 drin). Er ist nicht der Einzige, welcher den Eindruck hat, dass der Zustand der Grenchner Strassen nicht super ist. Die Analyse des Strassenunterhalts wird dann die dringendsten Aufgaben aufzeigen. Er wäre nicht glücklich, wenn jetzt zusätzlich zur Erhebung des Ist-Zustands gleich noch der Geldhahn zgedreht würde, denn erst mit der Analyse weiss man, welche Schäden wirklich bestehen. Man investiert gegenwärtig relativ viel Geld in die Strassen mit den lärmdämmenden Belägen. Das sind grosse Beträge, aber es sind Investitionen, die 30 Jahren halten sollten. Der Vorschlag der BAPLUK war, jetzt zu investieren, um dann sicher zu sein, dass es gut ist. Wenn man die Investitionen verschiebt, gibt es am Schluss irgendwann einmal einen Berg, welcher dann mühsam abgetragen werden muss.
- 3.8.4.9 David Baumgartner betont, dass er punkto Unterhaltsplanung der Strassen schon Jahre lang eingefordert hat, dass man eine langfristige Planung haben sollte. Er kann sich gut vorstellen, dass man die langfristige Unterhaltsplanung der Strassen mit dem Prüfungsauftrag koppeln kann. Dann hat man diesen Punkt auch gleich erledigt. Daraus geht sicher hervor, ob der Unterhalt genügend ist oder ob es Einsparpotential gibt.
- 3.8.4.10 Alexander Kaufmann findet, dass man den Antrag von Remo Bill so stehen lassen kann, aber ohne Prozentangabe. Man überprüft allgemein, ob es Reduktionen gibt.
- 3.8.4.11 David Baumgartner schlägt für den Antrag von Remo Bill folgende Formulierung vor: *Überprüfung langfristige Unterhaltsplanung Gemeindestrassen.*
- 3.8.4.12 Matthias Meier-Moreno fordert, dass man im gleichen Zug auch noch die „*Petition gegen weitere Splittsanierungen in Wohnstrassen*“ mit hineinnehmen soll.
- Der umformulierte Antrag von Remo Bill (**Überprüfung UH-Planung Gemeindestrasse**) wird stillschweigend gutgeheissen.*

3.8.5 **NEU Steuererhöhung**

Natürliche Personen	neu 126 Steuerpunkte	(+ 2 Steuerpunkte)
Juristische Personen	neu 126 Steuerpunkte	(+ 4 Steuerpunkte)

Bemerkung: Behandlung des Antrags von Remo Bill im Rahmen des Budgets 2017: siehe nachfolgendes Traktandum 5 „Budget 2017: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe“ (GRB 2155/25.10.2016, Ziff. 3.3).

In der Schlussabstimmung ergeht mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat genehmigt ID 31, 32, 60, 34, 502 und 55 zH GV Budget 2017.
- 4.2. Die Prüfungsaufträge (PA) werden bis spätestens 30. Juni 2017 den entsprechenden Behörden mittels separater Vorlagen präsentiert. Die Behörde beschliesst deren Umsetzung.

Vollzug: FV, Verwaltungsabteilungen

Beilagen:

1. Steuerertrag
2. Entwicklung Nettoverschuldung / Nettovermögen
3. Entwicklung Eigenkapital
4. Teilziele Budget 2017 – Antrag GRK an GR vom 25.10.2016

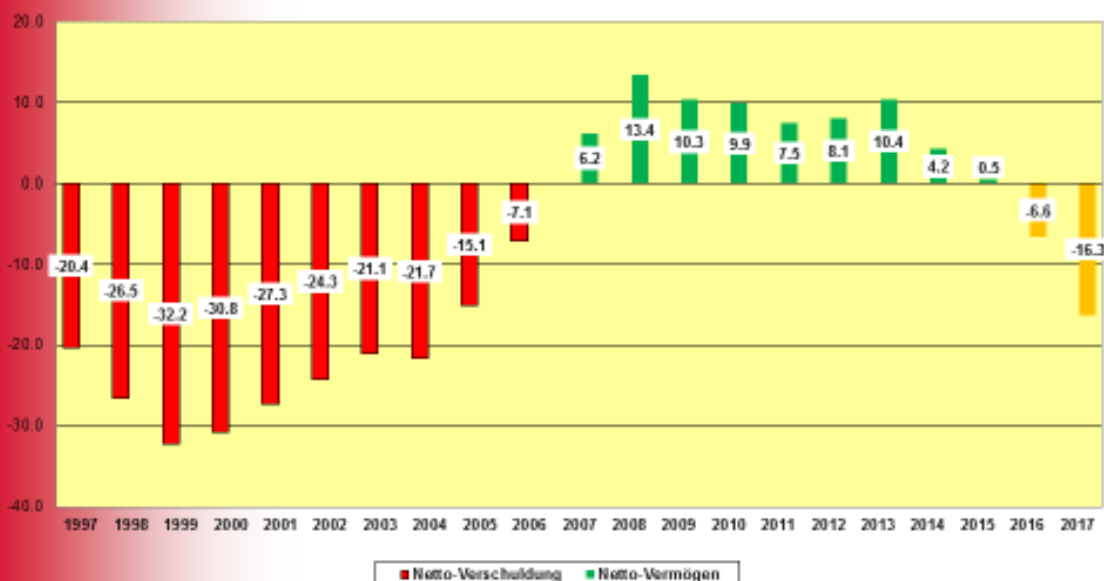
FV
Abteilungsvorsteher/innen

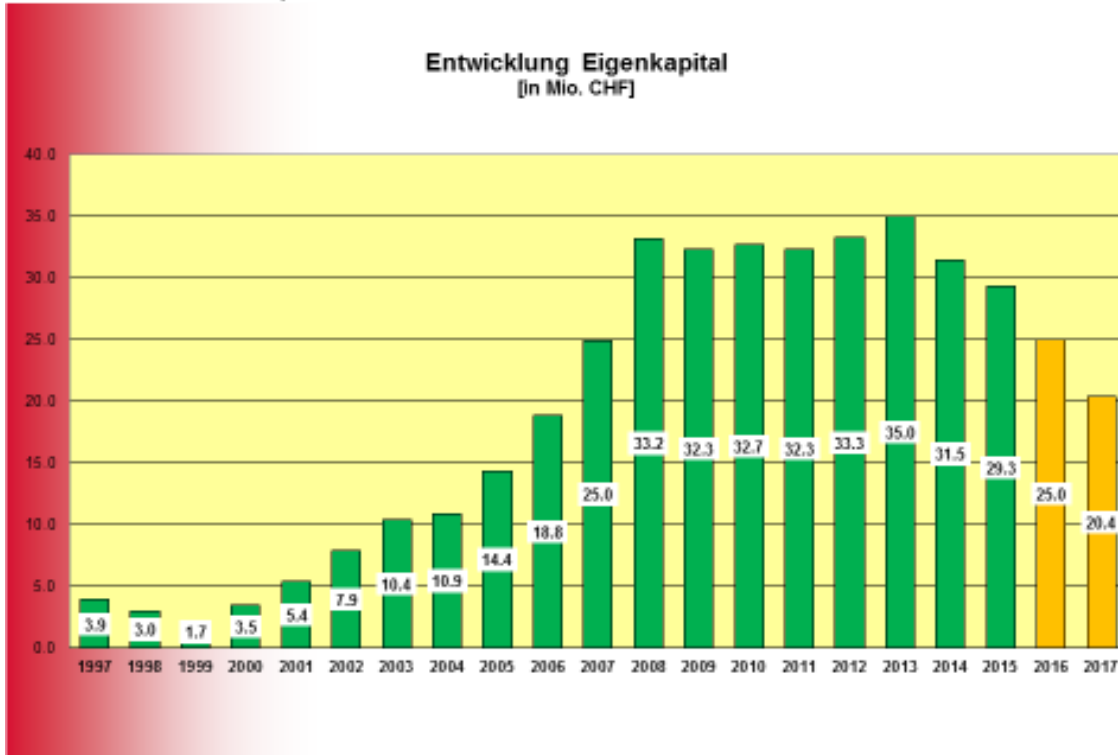
0.2.1 / acs

**STEUERERTRAG
(ohne Steuerabschreibungen)**

[in Mio. CHF]

	Natürl. Pers.	Jurist. Pers.	übrige St. (GGSt.)	Total
R 2009	41.7	12.0	0.2	53.9
R 2010	40.0	17.2	1.0	58.2
R 2011	40.2	16.3	0.2	56.4
R 2012	41.6	18.1	0.9	60.6
R 2013	43.5	21.4	0.8	65.7
R 2014	46.0	9.9	0.6	56.5
R 2015	46.9	14.0	0.8	57.7
B 2016	43.3	11.5	0.6	55.4
B 2017	43.2	9.0	0.6	52.8

Entwicklung Nettoverschuldung / Nettovermögen
[in Mio. CHF]




Budget 2017: Genehmigung des Budgets sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe

Vorlagen: Budget 2017 für den Gemeinderat

Protokoll GRK/Gruppenberatungen 05. und 06.09.2016

FV/30.09.2016: Korrekturen Budget 2016 zuhanden des Gemeinderates

Vorlagen der Verwaltungsabteilungen

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, verweist für die Ausgangslage des Budgets 2017 auf sein Eintretensreferat im vorherigen Traktandum „*Massnahmenpaket – Teilziele Budget 2017**“ (GRB 2154/25.10.2016).

1.2. Da die Eintretensdebatte, so Stadtpräsident François Scheidegger, bereits im vorherigen Traktandum geführt wurde, kann jetzt direkt zur Detailberatung übergegangen werden.

2. Eintreten

Eintreten wurde bereits im vorherigen Traktandum beschlossen.

3. Detailberatung

François Scheidegger verweist eingangs auf das Korrekturblatt zum Budget 2017 zuhanden des Gemeinderates.

Das Budget 2017 wird Seite für Seite durchgegangen.

3.1. Erfolgsrechnung

Sonderschulen / Sonderschulungen in Heimen und Institutionen (Konto 0220.3635.00)

3.1.1 Gemeinderätin Nicole Hirt bezieht sich auf den Budgetkredit von Fr. 1'263'000.00 und erkundigt sich, wie viele Kinder es sind und wie hoch die jährlichen Kosten pro Kind ausfallen.

3.1.1.1 Nach Auskunft von Gesamtschulleiter Hubert Bläsi sind es im Durchschnitt rund Fr. 24'000.00 pro Kind und Jahr (insgesamt ca. 50 Kinder). Die Kosten pro Kind sind zum Teil unterschiedlich.

- **Kultur, übrige, SMKS (Rubrik 3290) + Kommunale Werbung, Tourismus (Rubrik 8400) + Wirtschafts- und Standortförderung (Rubrik 8502)**
- **Kultur, übrige / Veranstaltungskalender (Konto 3290.3102.02)**

- 3.1.2 Gemeinderätin Clivia Wullimann verweist auf die obgenannten drei Rubriken 3290, 8400 und 8502, welche je Fr. 578'450.00, Fr. 212'000.00 und Fr. 190'600.00 ausmachen (vgl. auch Beilage 1 „Definition von Kernaufgaben und Zentrumsfunktionen). Hätte es hier über das Ganze gesehen nicht auch noch Einsparpotential? Gibt es da nicht etwas Luft, so dass man die Kosten noch senken könnte?
Sie hat den Eindruck, dass der Veranstaltungskalender mit budgetieren Fr. 56'700.00 auch relativ teuer ist. Hier könnte man sich überlegen, ob die Online-Schaltung, die heute bereits erfolgt, nicht genügen würde.
- 3.1.2.1 François Scheidegger erklärt, dass die ganze Überprüfung SMKS auch Gegenstand des Massnahmenpakets II ist. Zu erwähnen ist, dass im SMKS eine 60%-Stelle nicht besetzt wurde.
- 3.1.2.2 Stadtschreiberin Luzia Meister betont, dass die Kosten seit der Neuorganisation SMKS schon ziemlich reduziert wurden. Andererseits macht man aber zum Teil mehr Aufgaben als vorher (Wohnortmarketing, Facebook etc.).
Betreffend Veranstaltungskalender hat man von allen Veranstaltern das Echo, dass dieser gut wirkt. Er gelangt in jeden Haushalt. Das SMKS ist der Auffassung, dass es ein gutes Mittel ist. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, aber das muss man rechtzeitig tun und in einer Gesamtüberprüfung anschauen.
- 3.1.2.3 François Scheidegger versichert, dass diese Überprüfung schon läuft (hängt aber auch davon ab, was der Gemeinderat heute beschliesst, z.B. punkto Bundesfeier, welche ziemlich viele Personalressourcen bindet). In einem zweiten Schritt wird man in einem Leistungskatalog festhalten, welche Leistungen erbracht werden und wie sie ressourciert werden müssen.
Die Frage, ob es den Veranstaltungskalender, welcher einen rechten Betrag ausmacht, wirklich braucht, kann man sicher auch prüfen. Er verursacht einen ziemlichen Aufwand und bindet viele Personalressourcen.

3.2. Investitionsrechnung

Westliche Däderizstrasse, Sanierung (IR-Konto 6150.5010.00)

- 3.2.1 Wie Heinz Rügger, Chef Tiefbau, ausführt, wurde im Rahmen der Gruppenberatungen zum Budget 2017 der Kredit *Gemeindestrassen 2017: Unterhalt Strassen, Trottoire, Bushaltestellen (6150.3141.00)* von Fr. 450'000.00 auf Fr. 300'000.00 gekürzt. Der Kreditbetrag des Budgets 2016 betrug Fr. 325'000.00. Allerdings wurde beim Budget 2016 gleichzeitig ein Betrag von Fr 105'000.00 für die Sanierung der Schützengasse in die Investitionsrechnung 2016 aufgenommen.

Der Kredit *Gemeindestrassen 2017: Unterhalt Strassen, Trottoire, Bushaltestellen (6150.3141.00)* beinhaltet als Hauptausgabe einen Betrag von Fr. 90'000.00 für die Sanierung der westlichen Däderizstrasse. Da mit dem gekürzten Betrag von Fr. 300'000.00 die Däderizstrasse nicht saniert werden kann, stellt die Baudirektion den Antrag, für die westliche Däderizstrasse einen Betrag von Fr. 110'000.00 inklusive der Eigenleistungen der Baudirektion zulasten der Investitionsrechnung 2017 aufzunehmen.

Mit diesem Vorgehen besteht die Möglichkeit, die Däderizstrasse nach dem Abschluss der laufenden SWG-Ausbauarbeiten im Verlauf des Jahres 2017 umfassend sanieren zu können.

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen und neu ein Kredit von Fr. 110'000.00 in der IR aufgenommen.

3.3. Festlegung Steuerfuss

***Einkommenssteuern Natürliche Personen Rechnungsjahr (Konto 9100.4000.00)
Gemeindesteuern Juristische Personen Rechnungsjahr (Konto 9100.4010.00)***

3.3.1 Gemeinderat Remo Bill stellt namens der SP-Fraktion folgenden Antrag:

Natürliche Personen	neu 126 Steuerpunkte	(+ 2 Steuerpunkte)
Juristische Personen	neu 126 Steuerpunkte	(+ 4 Steuerpunkte)

Es ist für die SP ein triftiges Mittel, um eine nach Einkommen gerechte Lösung zu erreichen. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II wurden bereits diskutiert. Wie das Endresultat die Stadt Grenchen belasten wird, ist noch nicht klar. Für die SP ist das eine Massnahme, welche hilft, die finanzielle Lage zu verbessern.

3.3.1.1 Laut David Baumgartner würde eine Steigerung um 2 Steuerpunkte bei den Natürlichen Personen ca. Fr. 620'000.00 Mehrerträge bedeuten. Bei den Juristische Personen würde eine Erhöhung um 2 Steuerpunkte ca. Fr. 280'000.00 Mehrerträge ergeben. Das wäre ein Total von ca. Fr. 900'000.00.

3.3.1.2 Gemäss Gemeinderat Aldo Bigolin ist Grenchen einem Steuerwettbewerb ausgesetzt. Damit würde ein schlechtes Signal ausgesendet. Die Stadt Grenchen hat genügend Abgänge von gewichtigen Steuerzahlern in den letzten Jahren zu verzeichnen. Es wäre falsch, wenn man die letzten guten Steuerzahler auch noch verscheuchen würde. Wenn man eine Vorwärtsstrategie einschlagen möchte, müsste man im Minimum auf dem heutigen Niveau bleiben resp. sich dem kantonalen Durchschnitt von 119 Steuerpunkten angleichen können. Entsprechend kann die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen und wird gemäss Antrag Gruppenberatungen/GRK fahren.

3.3.1.3 Gemeinderat Richard Aschberger schliesst sich seinem Vorredner an. Die SVP-Fraktion kann den Antrag auf Steuererhöhung nicht nachvollziehen. Man sollte einmal im Umkreis von 10, 20 Kilometern schauen, was dort von Grossfirmen gebaut wird, von Firmen mit vielen (internationalen) Fachkräften. Es ist natürlich ein super Zeichen, wenn Grenchen Ende Dezember 2016 den Steuerfuss auch für die Natürlichen Personen erhöht. Man hatte in den letzten Jahren gewichtige Abgänge in alle Richtungen (Bettlach, Solothurn, Romandie, Bucheggberg). Es ist in seinen Augen unverantwortlich, wenn man jetzt eine Steuererhöhung durchboxen will. Da hilft die SVP garantiert nicht mit.

3.3.1.4 Clivia Wullimann weist darauf hin, dass der Bucheggberg wirklich keinen tiefen Steuerfuss hat. Das ist nicht ein Argument, das dafür spricht, dass die Leute wegen zu hoher Steuern von Grenchen wegziehen Sie weiss, dass sich die SVP auf die Fahne geschrieben hat, dass eine Steuererhöhung ein No-Go ist. Trotzdem denkt sie, dass es sinnvoll und verantwortungsbewusst wäre, wenn man das ins Auge fassen würde. Es wird versucht, hier Fr. 10'000.00 und dort Fr. 10'000.00 zu sparen. Der Gemeinderat hat das strukturelle Defizit heute Abend mitnichten erledigt. Das wissen alle hier im Rat. Man wird es auch nicht so einfach eliminieren können.

Letztlich wird man um eine moderate Steuererhöhung nicht herumkommen. Grenchen ist nicht die einzige Stadt, welche eine Steuererhöhung ins Auge fassen muss. In guten Zeiten konnte die Steuern gesenkt werden, in schlechten Zeiten muss man sie halt wieder erhöhen und auf bessere Zeiten hoffen, in denen eine Steuersenkung wieder möglich ist. Das wäre eine seriöse und sinnvolle Lösung.

- 3.3.1.5 Die CVP-/glp-Fraktion, so Gemeinderat Marco Crivelli, wird einer Steuererhöhung heute sicher nicht zustimmen. Er gibt Clivia Wullimann Recht, dass der Gemeinderat heute Abend das strukturelle Defizit nicht eliminieren konnte. Das ist allen klar, aber man spricht hier von einem kurzfristigen Massnahmenpaket I, relevant auf das Budget 2017. Die Verwaltung ist mit Hochdruck dabei, nach weiteren Sparmassnahmen zu suchen und weitere Pakete zu schnüren (das Massnahmenpaket II wird nächsten Frühling folgen). Jetzt schon über eine Steuererhöhung zu debattieren, findet er den absolut falschen Zeitpunkt. Jetzt müssen zuerst die Sparbemühungen weiterverfolgt werden. Wenn man dann in ein oder zwei Jahren merkt, dass es überhaupt nicht funktioniert, kann man das Thema immer noch auf das Tapet bringen.
- 3.3.1.6 Gemeinderat Alexander Kaufmann ist froh, dass alle eingesehen haben, dass man die Steuern nicht senken kann, denn das wäre eine Katastrophe gewesen. Dies wurde nämlich auch einmal gesagt. Grenchen kann sich nicht mit den umliegenden Gemeinden vergleichen. Grenchen ist ein Einzelfall und immer ein Einzelfall gewesen. Man muss dafür sorgen, dass die Stadt vorwärts kommt, auch finanziell. Eine Steuererhöhung darf kein Tabuthema sein. In den Zeiten, in denen Grenchen einen tieferen Steuerfuss hatte, kam es auch zu Wegzügen. Er fragt sich deshalb schon, was diese Diskussion soll. Für Grenchner Verhältnisse sind die jetzigen Steuerfüsse für die natürlichen und juristischen Personen tief.
- 3.3.1.7 François Scheidegger kommt nochmals auf die Personalsteuer zu sprechen. Es trifft zu, dass Grenchen ein attraktiver Wohnort ist, vor allem für Leute, die wenig oder gar keine Steuern bezahlen. Mit einer Erhöhung der Personalsteuer könnte man einerseits dieser Attraktivität einen gewissen Einhalt gebieten und andererseits würde jeder, der in Grenchen wohnt und Leistungen bezieht, wenigstens einen solidarischen Beitrag leisten. Die Verwaltung hat diesen Antrag nicht mehr vorgebracht. Vielleicht wäre das trotzdem etwas, das man sich nochmals überlegen müsste. Hinzukommt, dass dies eine Massnahme ist, welche wirklich einschenkt.
- 3.3.1.8 Laut David Baumgärtner würde ein Erhöhung der Personalsteuer um Fr. 100.00 1 Mio. Franken mehr Steuererträge ergeben.
- 3.3.1.9 Abstimmung: *Der Antrag der GRK/Gruppenberatungen obsiegt gegenüber dem Antrag von Remo Bill mit 10 : 5 Stimmen.*
- 3.4. Anträge und Beschlussesentwurf
(s. Ziff. 1.1 bis 1.4. des Protokolls GRK/Gruppenberatungen 05. und 06.09.2016)
- 3.4.1 Antrag Ziff. 1.1. wird mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.
- 3.4.2 Antrag Ziff. 1.2. (Abstimmung siehe Ziff. 3.3.1.9 hiervor)
- 3.4.3 Antrag Ziff. 1.3. wird einstimmig gutgeheissen.
- 3.4.4 Antrag Ziff. 1.4. wird einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4. Beschluss

4.1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1.1 Das Budget der Stadt Grenchen für das Jahr 2017 wird genehmigt.

4.1.2 Der Steuerfuss für das Jahr 2016 wird für die natürlichen Personen auf 124 % und für die juristischen Personen auf 122 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

4.1.3 Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2017 auf 10 % der einfachen Staatssteuer festgelegt. Minimum und Maximum richten sich nach dem Gebäudeversicherungsgesetz und den Ausführungsbestimmungen dazu.

4.1.4 Die Verwaltungsabteilungen sind gehalten, bei der effektiven Kreditbeanspruchung weitere Einsparungsmöglichkeiten anzustreben und insbesondere die tatsächliche Notwendigkeit von Anschaffungen jeweils eingehend abzuklären.

Vollzug: FV

Beilage: Korrekturliste gemäss Gemeinderat vom 25.10.2016

GV
FV
Abteilungsvorsteher/innen

9.2.1.6 / acs

Gemeindeordnung: Neuordnung von Rechnungsprüfungskommission und Geschäftsprüfungskommission (§ 39, 42, 72)

Vorlage: RD/14.10.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Ausgangslage aufgrund einer Präsentation zusammen (s. Beilage)

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann stellt die Frage, ob das Geschäft so dringend ist, dass man es heute Abend zu so später Stunde, wo man wirklich nicht mehr fit ist, noch behandeln muss. Sie macht beliebt, es ernsthaft an einer anderen GR-Sitzung, wo man frisch ist, zu diskutieren. Sie findet es eine wichtige Vorlage, die sie nicht einfach so durchwinken möchte. Wenn man keine zeitliche Not hat, würde sie vorschlagen, das Geschäft auf die GR-Sitzung vom 22. November 2016 zu verschieben.
- 2.2. Laut Konrad Schleiss, Ersatz-Gemeinderat, geht das Ganze auf einen FDP-Vorstoss zurück. Er hat mit den Postulanten kurz gesprochen. Er denkt, dass es sehr wichtig wäre, heute zwei Pflöcke einzuschlagen: Das wäre der Nachvollzug von dem, was heute schon der Fall ist; erstens wäre die RPK, welche nicht mehr funktioniert, abzuschaffen, und zweitens in der Gemeindeordnung die professionelle Rechnungsprüfung einzusetzen. Er wäre froh, wenn man das heute schon beschliessen könnte. Sodann würde er vorschlagen, die Frage, wie die Geschäftsprüfungskommission aussehen soll, in einer 2. Lesung anzuschauen und ein bisschen besser vorzubereiten. Es ist im Moment zu kompliziert und mit zu vielen Freiheitsgraden versehen, als dass man heute wirklich einen Beschluss fassen könnte. Es ist der Wunsch von allen, mit denen er gesprochen hat, dass man auf die nächste Legislatur eine Geschäftsprüfungskommission installieren könnte.
- 2.3. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth gibt seinen Vorrednern Recht, dass es eine sehr wichtige Frage ist. Nichtsdestotrotz fühlt er sich in der Beantwortung der ganzen Vorlage etwas überfordert. Der SP-Fraktion leuchtet ein, dass die Rechnungsprüfung mit einer externen Stelle, wie man sie jetzt hat, sinnvoll ist. Diesen Pflöck könnte man schon einmal einschlagen. Die andere Frage, wie so eine Geschäftsprüfungskommission aussehen könnte, müsste man wirklich eingehend diskutieren. Kann es sein, dass die Politik sich selbst kontrolliert, indem Gemeinderäte ihre Gemeinderäte kontrollieren? Kann es sein, dass man eine neue Gattung Gemeinderäte schafft?

Wenn man es extern gibt oder eine unabhängige Kommission bildet, findet man die Leute dafür? Müsste man diese Personen quasi anstellen wie seinerzeit die Mitglieder der Fachkommission Schulen Grenchen? Das sind alles Fragen, die noch offen sind und die man zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht beantworten kann. Deshalb wäre es gut, wenn man heute schon einmal eine Teilantwort geben könnte, damit man es auf die Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2016 noch umsetzen könnte.

- 2.4. Stadtpräsident François Scheidegger ist dankbar für die Voten. Er persönlich hat immer die Meinung vertreten, dass man die zwei Sachen miteinander koppeln müsste. Er macht beliebt, dass man nochmals mit einer Vorlage in den Gemeinderat vom 22. November 2016 kommt. Dann reicht es auch noch für die Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2016. In der Vorlage würde dann vorerst einmal beantragt, dass die Rechnungsprüfung professionalisiert wird. Dann würde man als Auftrag entgegennehmen, dass man die Geschichte „GPK“ auf ein späteres Datum verlagert. Vielleicht könnte sogar der neue Gemeinderat ab August 2017 sagen, was er genau will. Vielleicht will er auch nichts und vielleicht braucht es auch gar nichts. Das soll der Gemeinderat nachher entscheiden. Das wäre sein Vorschlag. Es ist ihm ein Anliegen, dass man punkto RPK Nägel mit Köpfen macht, denn mit der RPK läuft es im Moment nicht gut. Die Leute, welche in der RPK sind, haben eine grosse Verantwortung. Diese haften sogar persönlich. Bei einem 100 Millionen-Budget bewundert er den Mut der Leute, die sich zur Verfügung stellen, um in diesem Gremium mitzuarbeiten.
- 2.5. Luzia Meister wird in ihrer GR-Vorlage zHd. Gemeindeversammlung vom 22. November 2016 den Antrag bringen, dass *die Gemeindeversammlung die Rechnungsprüfung einer externen Fachstelle übertragen kann* (neuer § 72 Abs. 3 GO). Der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2016 soll anschliessend auch gleich die Wahl der externen Rechnungsprüfungsstelle zum Entscheid vorgelegt werden.

Eintreten wird beschlossen.

Es ergeht einstimmig folgender

3. Beschluss

- 3.1. Das Geschäft wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Vollzug: KZL

Beilage: Präsentation

RD
RPK
FV

0.1.8 / acs

Projekt Effibau: Informationen zum Projektstand

1. Orientierung

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger verweist darauf, dass der Gemeinderat mit der GR-Einladung den Terminplan für Effibau- und andere Massnahmen erhalten hat.
- 1.2. Heiner Roos, Leiter Baudirektion a.i., stellt anhand einer Präsentation den neusten Projektstand vor.
- 1.3. Die Gemeinderatskommission nimmt vor der Orientierung Kenntnis.

Beilage: Präsentation

BD
PA

0.2.2 / acs

Wahlbüro 2: Demission von René Dubach als ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschlag SVP: Vanessa Meury

Vorlage: KZL/22.09.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister hat keine Bemerkungen zur Vorlage.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Die Demission von René Dubach als ordentliches Mitglied des Wahlbüros 2 wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2. Vanessa Meury, Veilchenstrasse 12, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2013 - 2017 als ordentliches Mitglied des Wahlbüros 2 gewählt.

Zu eröffnen an:

- Vanessa Meury, Veilchenstrasse 12, 2540 Grenchen
- Lukas Walter, Zentralwahlbüropräsident, Adolf Furrer-Str. 44, 2540 Grenchen
- Richard Aschberger, Präsident SVP, Hofweg 11, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen), Stadtpräsidium (Vereidigung)

Behördenverzeichnis (KZL)
Stadtpräsidium
0.1.8 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Re-Zertifizierung Energiestadt Grenchen 2016: Orientierung

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger informiert, dass die Stadt Grenchen erfolgreich das Re-Audit überstanden und für weitere 4 Jahre das Label Energiestadt tragen kann. EnergieSchweiz zeigt allen re-zertifizierten Energiestädten ihre Anerkennung für Geleistetes durch eine einmalige finanzielle Unterstützung von Fr. 2'000.00.

2. Genehmigung des Vertrages über die Zusammenarbeit bei der Führung der Sekundarstufe I (ohne Sek P) sowie der Klasse für Fremdsprachige zwischen der Stadt Grenchen und der Einwohnergemeinde Bettlach

- 2.1. Mit Verfügung des Departementes für Bildung und Kultur (Volksschulamt) vom 11. Oktober 2016 wurde der Vertrag mit Bettlach genehmigt.

3. Nachrücker als 2. Ersatzmitglied des Gemeinderates der Stadt Grenchen (Maria Lo Giudice, FDP.Die Liberalen)

- 3.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat die Stadtkanzlei anstelle von Dr. Konrad Schleiss (FDP.Die Liberalen) Frau Maria Lo Giudice als Nachrückende und somit als 2. Ersatzmitglied des Gemeinderates ab dem 1. Oktober 2016 bis zum Rest der Amtsperiode 2013-2017 als gewählt erklärt (§ 126 Abs. 1 Gesetz über die politischen Rechte).

3.2. Beschluss

- 3.2.1 Der Gemeinderat nimmt von der Wahlfeststellung vom 21. September 2016 Kenntnis.